

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6793, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat, Prag II., Havliczkova nám. 32. Bolkshedam: 37544. Inserate werden laut Tarif billig berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich K 2 15.— vierteljährlich 48.— halbjährig 96.— ganzjährig 192.— Abbestellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

## Klerikale Fronde.

Nur wenige Wochen sind es, da an der Bohre Maschins von den Koalitionsparteien heilige Schwüre geleistet wurden, beisammen zu bleiben, wobei sich besonders die tschechischen Sozialdemokraten hervortaten, die durch den Mund ihres Sprechers Dr. Soukup gelobten, an der politischen Verbindung mit der tschechischen Bourgeoisie festzuhalten. Aber der Gottesfriede hat nicht lange gedauert und schon die Vorfälle, die im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch verschiedener Banken stehen, haben gezeigt, daß die Koalitionsparteien in der Verteilung der Beute nicht einig sind. Und kaum hat sich die Koalition von dem Schreck über den Bankrott der Banken erholt, wird sie von dem Angriff bedroht, den die klerikale Partei gegen sie führt.

Die tschechische klerikale Partei leidet — wie jede andere klerikale Partei — an einem notwendigen Widerspruch. Sie ist der politische Exponent der katholischen Kirche, jener Weltorganisation, in der die Interessen einer mehr oder weniger breiten Schicht von kirchlichen Würdenträgern den Ausschlag geben. Nun ist aber im Zeitalter der Demokratie jede klerikale Partei genötigt, bei breiten Massen der Bevölkerung, bei Kleingewerbetreibenden in den Städten und bei den Bauern auf dem Lande, für sich zu werben. Sie muß sich also einen demokratischen Anstrich geben und wenigstens nach außen die Klasseninteressen dieser Schichten vertreten. Das ist auch die tschechische klerikale Partei seit dem Umsturz, die, ehemals gut lizenziert und österreichisch gefinnt, sich mit der Republik abfinden, zu Kompromissen geneigt und vor allem bestrebt war, auch einen Anteil an der zur Verteilung gelangenden Beute zu erlangen. Um sich regierungsfähig zu erhalten, war die von Paier Schramel geführte tschechische klerikale Partei bereit, bis zu einem gewissen Grade einem Gesetze zuzustimmen, das die Trennung der Kirche vom Staate ausspricht, und sich auch mit der staatlichen Einschränkung der kirchlichen Feiertage abzufinden. Das ging nun dem hohen Klerus, in dessen Dienst der konservative Flügel der Partei steht, zu weit. Den hierüber ausgebrochenen Streit wollte nun Rom schlichten und lud sich den Parteiführer, Minister und Rittmann Schramel deswegen ein. Dem mit allen Salben geliebten Schramel ist es aber nicht gelungen, den Vatikan für seine Anschauungen zu gewinnen und die klerikale Partei macht nun Front gegen die übrigen Koalitionsparteien.

Den Führern der Koalitionsparteien macht die klerikale Fronde nicht wenig Sorge. Würde es sich um eine innerlich gestiftete, von einheitlichen Anschauungen erfüllte Regierungskoalition handeln, dann wäre es politische Wertlosigkeit, alle auftretenden Gegenstände im Wege von Verhandlungen und Kompromissen zu beseitigen. Aber die Koalition ist krank, alle an ihr teilnehmenden Parteien sind von schweren Gegenständen erfüllt, innerlich und zahlenmäßig geschwächt, so daß der Abfall auch nur von wenigen Abgeordneten die Mehrheit, die die Regierung im Parlament hat, in Frage stellt. Das Blatt des Ministerpräsidenten redet daher auch schon von der Möglichkeit des Austrittes der gegenwärtigen Regierung, was, wie es sagt, „nicht nur das Ende der Regierungsmehrheit bedeuten würde, sondern, was noch ernster und in seinen Folgen schicksalsschwerer ist, das Ende der tschechischen Mehrheit und damit den Beginn einer Krise von unabsehbarbarem Ende und Verwirrungen“.

Für die Anpassungsfähigkeit des Herrn Baters Schramel spricht es, daß er die neue Situation in der klerikalen Partei, das Erstarken des in kirchlichen Fragen unnachgiebigen Flügels zu einer politischen Expression benützen will. Er droht den anderen Parteien mit dem Austritt aus der Koalition, wenn sie die beabsichtigten kirchlichen Gesetze durchzuführen sich entschließen. Nun ist es klar, daß die bürgerlichen Parteien der Koalition keinen besonderen Wert auf die Durchführung der Kirchengesetze legen und daß zur Verteidigung der Trennung von Kirche und Staat,

## England für ein direktes Anbot Deutschlands an Frankreich.

Eine halboffizielle Meldung. — England selbst vermittelt nicht.

London, 25. April. (Havas.) Das Reutersche Bureau veröffentlicht folgende Note: Die hiesigen informierten Kreise hoffen, daß die deutsche Regierung auf Grund der Rede Curzons ehestens Frankreich und Belgien ein Angebot auf Liquidierung ihrer Reparationsverbindlichkeiten machen werde und daß dieses Anbot die Wiederaufnahme der Verhandlungen, welche vor Besetzung des Ruhrgebietes unterbrochen worden sind, ermöglicht. Einige Kreise aber verschweigen nicht ihre Ueberraschung dar-

## Deutschlands Leistungsfähigkeit.

Eine Anfrage der Arbeiterpartei.

London, 25. April. (Tsch. B. V.) (Unterhaus.) Das Parlamentmitglied Lambert (Arbeiterpartei) fragte den Premierminister, ob irgend ein verantwortliches Angebot annehmbarer Kriegsreparationen zu wachen von der deutschen Regierung gemacht wurde und wenn ja, welche Summen angeboten wurden, welches die Summe sei, die die britische Regierung als innerhalb der Leistungsfähigkeit Deutschlands liegend, ansehe. — Ein Vertreter der Regierung erwiderte, der Premierminister sei sich keines Angebotes bewußt, das nicht bereits veröffentlicht worden sei.

## Die Regierung Cuno zögert.

Berlin, 25. April. (Eigenbericht.) Der Reichsausschuß der deutschen Industrie trat heute im Reichstage zu seinen Beratungen zusammen, die durch die Besprechung des Reichszanklers mit den Industriellen veranlaßt sind und der Garantiefrage gelten. Die Regierung scheint jetzt die Auffassung zu teilen, daß die verminderte Leistungsfähigkeit Deutschlands es nicht gestatte, Zahlen zu nennen. Dr. Rosenbergs befindet sich in dieser Frage im Widerspruch mit der Sozialdemokratie und einem Teil der Bürgerlichen, die ein konkretes Angebot dringend verlangen.

## Die italienischen Sozialdemokraten für Verständigung.

Rom, 25. April. (Tsch. B. V.) Der Turin-Klub hielt gestern eine Beratung ab, in welcher der Bericht über die sozialistische Konferenz betreffend die Ruhrfrage und die Reparationen genehmigend zur Kenntnis genommen wurde. Der französische Sozialist Blum berichtete über die Friedensaktion der französischen Sozialisten bei der Beratung der Reparationsfrage und des Verhältnisses zu den

welche mit den Inhalt der nationalen Revolution des tschechischen Volkes bilde, nur die beiden sozialistischen Regierungsparteien übrig bleiben. Die Schwäche dieser beiden Parteien innerhalb der Koalition wird aber auch in diesem Falle ihre Niederlage besiegeln und das Kompromiß, das mit den tschechischen klerikalen Politikern geschlossen werden wird, wird wohl dem Programm beider Parteien ins Gesicht schlagen.

Daß die beiden sozialistischen Parteien in der Regierung so schwach sind, ist aber ihre eigene Schuld. Sie haben durch ihre bedenkenlose Regierungspolitik die vermeintlichen Interessen des Staates und Nationalitäten über die Klasseninteressen der tschechischen Arbeiter gestellt, weswegen es den Kommunisten leicht war, einen großen Teil der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft in ihr Lager zu ziehen und was auch die Ursache der Entstehung neuer sozialistischer Parteien war, die sich mit der Schuld einer rückgratlosen Politik gegenüber der tschechischen Bourgeoisie nicht belasten wollen. Insbesondere die tschechische Sozialdemokratie ist den Machtgelüsten der bürgerlichen Koalitionsparteien preisgegeben. Sie muß in jeder Frage nachgeben, weil ihr die bürgerlichen Parteien mit Neuwahlen drohen. Sie aber in Folge ihrer Politik Neuwahlen fürchtet. Andererseits nehmen die tschechischen bürgerlichen Par-

über, daß man in Deutschland die Rede Curzons als eine Aufforderung auslegen will, damit Deutschland Großbritannien ersucht, das deutsche Anbot an Frankreich und Belgien zu vermitteln. Die britische Regierung, schließt die Note, sieht in dieser Hinsicht auf dem Standpunkte, daß Deutschland sich direkt an Frankreich wenden müsse, insbesondere von dem Augenblicke an, als Poincaré öffentlich erklärt hat, daß Frankreich kein deutsches Angebot annehme, welches nicht direkt überreicht werden würde.

Nachfolgestaaten. Der Klub sprach sich sodann für die Forderung der Verständigung der einzelnen Staaten, auch der Balkanstaaten zum Zwecke der wirtschaftlichen Entwicklung aller Völker aus.

## Gin Gelehtwurf für „verstärkten Versammlungsschutz“.

Die Sozialdemokraten machen den Reichstag beschlußunfähig.

Berlin, 25. April. (Eigenbericht.) Die Verhinderung der Bürgerlichen, mittels eines Ausnahmengesetzes die Arbeiterbewegung durch Wegnahme der Versammlungsfreiheit zu schädigen, haben die innerpolitische Krise verschärft. Im Reichstage kam es daher heute bei der Fortsetzung der Beratung des Gelehtwurfes für verstärkten Versammlungsschutz zu überaus erregten Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Sie wurden ausgelöst durch eine Erklärung des Genossen Dittmann, die mit den Worten begann: „In dem Augenblicke, wo die deutsche Arbeiterschaft in dem schweren Abwehrkampf an der Ruhr steht, schickt sich die bürgerliche Mehrheit des Reichstages an, ein Gesetz gegen die Arbeiterschaft auszunehmen.“ Genosse Dittmann führte u. a. aus, daß die sozialdemokratischen Redner festgestellt haben, daß in Bayern Organisationen gebildet werden, die den Versammlungsterror organisieren, ohne daß sie den gesetzlichen Strafen verfallen. Als der Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß abgelehnt wurde, verließen die Sozialdemokraten und Kommunisten den Saal, und führten so die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbei. Das Haus vertagte sich Nachmittags um 3. Uhr, was u. a. abermals die Versammlungsschutzvorlage auf der Tagesordnung steht. Die Bürgerlichen werden sich wahrscheinlich zu einem Kompromiß herbeilassen müssen.

## Der Kampf um die Macht in Bayern.

(Von unserem Münchener Korrespondenten.)

Ein an sich gänzlich unbedeutender Vorgang hat gezeigt, wie sehr die Position der „Baterländischen Verbände“ gegenüber der regierenden Bayerischen Volkspartei in der letzten Zeit gestärkt hat. Der Leipziger Staatsgerichtshof hatte eine Verhandlung gegen die beiden bayerischen Redakteure Edardt und Weger angehängt, die natürlich nicht erschienen waren. Darauf hat das Gericht eine Vorführungsverfügung erlassen. Seit über acht Tagen liegt die bayerische Regierung, die außerstande ist, die Verhaftung vorzunehmen. Eine große Parade der Hiltlerleute in der inneren Stadt, die im Anschluß an eine sonntägliche Feldübungsübung abgehalten wurde, hatte Bevo eingeleitet. Dabei hatte sogar der „Bayerische Kurier“, das leitende Blatt der bayerischen Volkspartei, geschrieben, daß „die zwei zur Verantwortung gezogenen bayerischen Organe Bayern mehr geschadet haben als Tausende von Lügen der Bayernheher“. Aber, wie die „Münchener Zeitung“ jenseit schreibt, „die in Betracht kommenden Personen haben nicht die geringste Reue, sich verhaften zu lassen“. Der bayerische Justizminister Görtner ist eiligst nach Berlin gefahren, um noch einmal die Aufhebung der Besetze zum Schutze der Republik wenigstens für Bayern zu erreichen. Die Regierung hat im Landtag durch den Minister des Innern kundgeben lassen, daß sie nach wie vor eine Freundin dieser Besetze sei und ihre Aufhebung unerbittlich beantragt habe.

Es hat alles nichts genutzt. Der Kampf der Hiltler- und Ludendorffleute läßt nicht nach. Diese gehen jetzt offenbar darauf hinaus, das Innenministerium für sich zu erobern. Der aussersehene Mann ist der frühere Justizminister Dr. Roth, jetziger Bizeleiter der „Baterländischen Verbände“. Die bayerische Volkspartei hat sich redlich Mühe gegeben, die Verbände zur Vernunft zu bringen und ihnen klar zu machen, daß ihre Ziele mit denen der Regierung nicht vereinbar sind. Die Stellung der Regierungspartei wurde durch den Abgeordneten Wohlmutt authentisch so umschrieben: „Baterländische Verbände sind nur jene, die sich bedingungslos, und ohne Parteipolitik zu treiben, der Regierung unterordnen. Viele jungen Leute sollen sich in die baterländischen Verbände melden, vorher aber muß verlangt werden, daß diese Verbände ohne Selbstsucht und unter Führung der Staatsregierung dem Vaterlande dienen sollen. Das ist das Ultimatum der Partei, nicht an die Staatsregierung, sondern an die Verbände, die sich das Wort „baterländisch“ beilegen“. Die einzige Wirkung dieses Ultimatus war ein Dohngelächter. Der „Völkische Beobachter“ zeigt seinen vom Machtgelübe angefachelten Kampf gegen die Regierungspartei unentwegt fort. Manchmal kommen dabei die bestehenden Gegensätze sehr schön zur Beleuchtung, wie zum Beispiel in folgenden Ausführungen des Blattes: „Offen erklärt der „Bayerische Kurier“, es sei nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht Bayerns, im Falle einer sozialistischen revolutionären Diktatur sich nicht zu unterwerfen, sondern sich ihr zu „entziehen“, womit wohl gesagt wird, daß die Bayerische Volkspartei gar nicht daran denkt, gegebenenfalls mitzuhelfen, um einen ausbrechenden Bolschewismus in Sachsen oder anderswo niederzukämpfen, sondern sich eben auf sich selbst zurückziehen möchte. Und das bedeutet selbstverständlich als notwendige Folge, sich unter den Schutz des Marschalls Hoch begeben. Eine famose deutsche Partei, diese Bayerische Volkspartei!“

Der Nationalaktivismus hat die alteingesessene katholische Regierungspartei in überraschend kurzer Zeit in die Defensive gedrängt. Er ist jetzt dabei, im vorwiegend protestantischen Franken festen Fuß zu fassen. Dort sind die protestantischen Pfarrer seine Agenten. Der Ministerpräsident von Knilling, der dem nationalistischen Flügel seiner Partei angehört, bemüht sich durch Konzessionen aller Art, die Verbände günstig zu stimmen. Er schwankt zwischen Entschiedenheit und Nachgeben hin und her. Eine Konzeption dieser Art war die Einleitung eines Verfahrens wegen Landesverrats gegen den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Blumtritt. Blumtritt hatte in seiner Zeitung in Hof einen Artikel des Berliner „Vorwärts“ über Waffenschließungen nachgedruckt. Das gilt in Bayern als Landesverrat, und der Ausschuß des Landtages hat die Strafverfolgung bereits genehmigt. Die Sozialdemokratie ist an den gegenwärtigen Machtkämpfen nicht unmittelbar beteiligt, aber es ist lehrreich, zu sehen, wie die beiden in Kampf verwickelten



Gegner gegen die Sozialisten völlig einig sind. Diesen bleibt gegenwärtig nichts übrig, als an dem Ausbau ihres Selbstschutzes zu arbeiten, denn die Politik wird hier bald mit Häuten gemacht werden.

München, 24. April. (Wolff.) Der bayrische Landtag beschäftigte sich mit dem sozialdemokratischen Antrag betreffend die Auflösung aller Sturmabteilungen und Sturmtropps und die Sicherstellung der Versammlungsfreiheit. Der Haushaltsausschuß hat einen Antrag der bayrischen Volkspartei angenommen, der die unnachlässigliche Unterdrückung derartiger Einrichtungen verlangt, sofern es sich nicht um geordneten Selbstschutz handelt, der aber dann seinerseits scharf zu überwachen wäre. Der sozialistische Sprecher erklärte, daß es zum Bürgerkrieg kommen müßte, wenn es mit den Sturmtropps in Bayern weitergehe wie bisher; die Arbeiter würden jedoch dafür sorgen, daß auch Bayern weiterhin den Weg Deutschlands mitgehe. Auch der demokratische und der Redner der Bauernbündler kennzeichneten das Treiben der Nationalsozialisten als eine große Gefahr für das Staatswesen, das durch die nationalsozialistische Bewegung an den Rand des Bürgerkrieges gebracht worden sei. Desgleichen verwarf der Redner der bayrischen Volkspartei die Methoden der nationalsozialistischen Bewegung, die letzten Endes den revolutionären Umsturz bedeuten müßten. Der Minister des Innern Dr. Schreyer führte aus: Die Tätigkeit der Vaterländischen Verbände sei im allgemeinen eine gesunde und begrüßenswerte Erscheinung. Es sei aber unverständlich, wenn nationale Kräfte eine nationalsozialistische Regierung bekämpfen. Zur republikanischen Schutzgesetzgebung äußerte der Minister, Bayern stehe auf dem Standpunkte, daß diese Gesetze je eher desto besser verschwinden und daß sie durch Ergänzung der allgemeinen Strafgesetze ersetzt werden sollten. Der Staatsgerichtshof sei nichts anderes als ein politisches Gericht. Wenn man sich dazu verstehen würde, dieses außerordentliche Gerichtsverfahren durch ein ordentliches zu ersetzen, so wäre es auch möglich, den Auswüchsen auf dem Gebiete der Presse nachdrücklich zu begegnen. Ueber die nationalsozialistische Arbeiterpartei sagte der Minister, viele Punkte ihres Programmes seien anfechtbar und manche für die bayrischen Verhältnisse geradezu bedenklich. Durch ihr gewalttätiges Auftreten in Versammlungen und auf der Straße, habe sie das größte öffentliche Aergernis erregt. Der Minister sprach sich dann gegen den sozialistischen und demokratischen Antrag aus und für den Antrag der Bayerischen Volkspartei. Schließlich wurde der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Bürgerlichen und Kommunisten abgelehnt und der Antrag der Volkspartei angenommen.

### Inland.

Die Ausweisungen reichsdeutscher Staatsangehöriger aus dem Gebiete der tschechoslowakischen Republik bildeten den Inhalt einer Anfrage des Abg. Genossen Dr. Politischer an den Außenminister in der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses. Genosse Politischer wies darauf hin, daß diese Ausweisungen in Westböhmen bereits die Gefahr von Betriebsbeschränkungen hervorgerufen haben. Die norddeutsche Wollkammerei in Reudel, bei der Beamte ausgewiesen wurden, hat die Entlassung eines Teiles der Arbeiter in Aussicht gestellt. Die Kammerei will dadurch Repressalien ausüben und eventuell den ganzen Betrieb schließen, wodurch Tausende arbeitslos würden. Genosse Politischer richtete daher an den Minister die drin-

gende Aufforderung, ehebaldigst Verhandlungen mit dem Deutschen Reich anzubahnen, um diesem völkerrechtswidrigen Zustand ein Ende zu machen. Der Außenminister beantwortete die Anfrage des Genossen Politischer in ähnlichem Sinne, wie er es bereits am Dienstag bei einer Vorfrage der Abg. Genossen Roscher, Palme und Hillebrand getan hatte. Der Minister erklärte, daß ihm jede Politik der Repressalien vollständig fernliege und daß eine Kommission zur Regelung der Frage bereits eingesetzt sei. Eine Vertretung des Ministeriums des Reichens sei bereits auf dem Wege nach Berlin, um diese Angelegenheit baldigst aus der Welt zu schaffen.

Im Zeichen des Schutzgesetzes. Wir haben es vorausgesetzt, daß in den ersten Tagen nach Inkrafttreten des Schutzgesetzes dieses aus leicht zu durchschauenden Gründen nicht in Aktion treten wird, daß es aber gar nicht lange dauern wird, bis sich die reaktionäre Gewalt, die sich in diesem Gesetze spiegelt, in der Verfolgung der Arbeiter austoben wird. Wie recht wir hatten, beweisen einige Vorfälle aus den letzten Tagen. Am Samstag wurde die kommunistische Lokalorganisation in Sternberg (Mähren) aufgelöst, der kommunistische Bürgermeister von Krummhuber wegen des Inhaltes einer von ihm gehaltenen Rede zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, der „Vorwärts“, der darüber berichtete, wurde konfisziert und in der gestrigen Nummer desselben Blattes sind zum ersten Male zwei Erkenntnisse abgedruckt, in welchen die Konfiskation des „Vorwärts“ auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ausgesprochen wird. Wir kennen zwar den Inhalt der Rede nicht, derentwegen der kommunistische Bürgermeister Dirschl zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt wurde, und wir wissen auch, daß die Auflösung der Sternberger kommunistischen Lokalorganisation die Folge der unglaublichen Ungeschicklichkeit ist, mit welcher die Kommunisten vorgehen. Sie haben dort ihre Jugendorganisation weiter bestehen lassen, trotzdem sie von der Behörde aufgelöst worden war und haben im Namen dieser Organisation weitere Versammlungen abgehalten und Flugchriften herausgegeben. Auf solche Weise gaben die Kommunisten den Behörden selbst den erwünschten Anlaß, auch gegen die kommunistische Parteiorganisation in Sternberg vorzugehen, bei der man gelegentlich einer Hausdurchsuchung belastendes Material gefunden haben will. Man mag aber zu dem Vorgehen und der Taktik der Kommunisten wie immer stehen — diese Persekution der Vertrauensmänner und Organisationen dieser Partei sind dennoch ein unerhörtes Skandal. Wohin die unter dem Schutze des Schutzgesetzes angewendeten Methoden der tschechoslowakischen Regierung und ihrer Behörden in der Zukunft noch führen werden, ist unabsehbar. Was heute die kommunistische Partei trifft, kann morgen schon den deutschen sozialdemokratischen Arbeitern und ihren Organisationen widerfahren. Noch sind kaum drei Wochen seit der Sanktion des Schutzgesetzes verstrichen und schon steht die Debe ein. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird darum ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit weiter aus allen Kräfte den Kampf gegen das Schutzgesetz und die sich immer rücksichtsloser austobende Reaktion führen müssen. — Den Beginn der Ära des Schutzgesetzes kündigt auch eine andere Tatsache an, die sich gegen einen anderen Teil der Opposition in diesem Staate richtet. Gegen den deutschen nationalsozialistischen Abgeordneten Hans Knirsch, der für den Duxer „Tag“ verantwortlich zeichnet, wurde wegen eines am 20. Februar in diesem Blatte erschienenen Leitartikels das Strafverfahren wegen des Verbrechens des Hochverrats und wegen Störung der öffentlichen Ruhe eingeleitet. Abg. Knirsch gab bei seiner Einvernahme vor dem Duxer Bezirksgerichte an, daß er den inkriminierten Artikel

zwar weder geschrieben noch zum Druck befördert habe, daß er aber dessen Inhalt verantwortet und bei der Hauptverhandlung auch den Wahrheitsbeweis antreten will.

Das Programm der Mobračepartei. Die Anhänger Mobračeks, die aus der sogenannten tschechischen fortschrittlichen sozialistischen Partei, die gegenwärtig vom Profeten Eudec geführt wird, ausgeschlossen wurden, sind bemüht, ihre verstreuten Reste organisatorisch zusammenzufassen. Am 20. Mai findet eine Konferenz dieser Fraktion statt, in der auch ein Exekutivkomitee gewählt werden wird. Das Programm der neuen Gruppe soll folgendes sein: 1. Beseitigung der Ausbeutung und wirtschaftliche Demokratie. 2. Verbreitung sozialistischer Anschauungen, Bekämpfung der politischen Unerflichkeit, Demagogie und Reaktion, Erziehung zur Liebe zum Vaterlande und zum Sinn für das Allgemeine. 3. Vorbereitung des Bodens für die sozialistische Einigung. 4. Verbreitung der Kenntnis von den verschiedenen Arten der sozialen Selbsthilfe und Erziehung des Volkes zur wirtschaftlichen Selbstverwaltung. 5. Verbreitung des tschechischen fortschrittlichen Sozialismus im Auslande (?). 6. Vertretung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung. — Man muß wohl den Wortlaut des Programms, das vorläufig in Auszug bekanntgegeben wird, abwarten, aber man kann wohl jetzt schon sagen, daß dieses allerneueste Pro-

gramm Mobračeks nicht gerade an übermäßiger Klarheit leidet.

Gemeindevahlen in Erdweis. Am letzten Sonntag fanden in der Gemeinde Erdweis, die zusammen mit Umünd an die Tschechoslowakei abgetreten worden ist, die Gemeindevahlen statt. Die deutsche sozialdemokratische Partei eroberte sechs von elf deutschen Mandaten, die übrigen fünf fielen den deutschen Landwirten und den Gewerbetreibenden zu. Die tschechischen Parteien erhielten vier Mandate.

Die Rot-weißen wollen einen König haben. Der kommandierende General der Rot-weißen, der Herr Senator Mareš, scheint sich nicht viel geändert zu haben. In Oesterreich war er schwarz-gelber Monarchist und jetzt ist er rot-weißer Monarchist. Seine „Byzva“, das Hauptorgan der „Rot-weißen“, schreibt nämlich unter anderem: „Wir bilden bei uns keine Monarchistenorganisationen, obzwar der Monarchismus auf dem Prinzip der Rechtsordnung fußt, auf dem Grundhof der persönlichen Freiheit und Sicherheit des Lebens und Vermögens, aber wir lassen die systematische unterirdische Arbeit der kommunistisch-bolschewistischen Organisationen zu...“ Das wahre Herz des Senators Mareš hat sich wieder einmal recht deutlich enthüllt. Jetzt weiß die ganze Welt, was Herr Mareš will.

## Bankendebatte im Senat.

Erklärung des Finanzministers. — Rede des Senators Genossen Dr. Heller. Die zweifelhafte Rolle Dr. Scheiners.

Nach Erledigung der Tagesordnung hat nunmehr auch im Senat die Debatte über den Zusammenbruch der „Bohemia“-Bank stattgefunden. Unsere Genossen hatten vom Finanzminister gefordert, er möge zu den Anwürfen Dr. Kubiceks Stellung nehmen und die in dessen Rede im Abgeordnetenhause erhobenen Beschuldigungen beantworten. Der Finanzminister ging aber auf alle Beschuldigungen des Dr. Kubicek nicht ein, sondern griff nur einzelne heraus. Wie sehr der Minister die parlamentarische Vertretung einschätzt, war daraus ersichtlich, daß er eine kurze Erklärung abgab und dann einfach wegging. Er scheint also an der Bankendebatte kein besonderes Interesse zu haben. Senator Genosse Dr. Heller, der in fast einstündiger Rede mit der Bankthra Abrechnung hielt, wies denn auch darauf hin, wie in diesem Staate die gesetzgebenden Körperschaften Schritt um Schritt an Einfluß verlieren. Die Schuld hierfür tragen die Mehrheitsparteien, die nicht imstande sind, sich bei der Regierung Respekt zu verschaffen.

Die Rede des Finanzministers brachte im allgemeinen, wie schon angedeutet, keine neuen Momente. Immerhin aber ist bemerkenswert, daß Finanzminister Becka mitteilte, daß Dr. Scheiner das Ergebnis der Untersuchung der Verhältnisse in der „Bohemia-Bank“ in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Verwaltungsrates bekanntgegeben wurde mit der Weisung, den Verwaltungsrat zu verständigen. Da der Abg. Dr. Kubicek in seiner Rede im Abgeordnetenhause behauptet hatte, daß Dr. Scheiner dem Verwaltungsrate das Revisionsergebnis nicht mitgeteilt hat, fällt auf das Verhalten des Dr. Scheiner ein eigenartliches Licht. Es ist ja die Vermutung nahe, daß Dr. Scheiner das Ergebnis der Revision

aus gewissen Gründen für sich behalten hat. Es wird nun an Dr. Scheiner liegen, diesen Verdacht zu zerstreuen. Man kann auf die Erklärungen des „großen Patrioten“ neugierig sein.

160. Sitzung. Präsident Prašek eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Minuten nachmittags. Zunächst wird in zweiter Lesung der Regierungsantrag über die Unwirksamkeit der Erhöhung des Zinsfußes bei für Konversion hypothekarischer Forderungen geltenden Gebührenerleichterungen angenommen. Ebenso wird in zweiter Lesung der Gesetzesantrag über die Fortpflanzung der Wirtschaftstiere angenommen. Zur Annahme gelangen ferner zwei Resolutionen des Senators Ledebour.

Sodann wird der Bericht des verfassungsrechtlichen Ausschusses über die Aufhebung des Gesetzes vom 18. März 1920 über die Verfolgung der betrügerischen Ausfuhr von Bedarfsgegenständen ins Ausland verhandelt. Der Berichterstatter Senator Dr. Prochazka empfiehlt die Annahme dieses Gesetzes. Das Gesetz wird sodann in erster Lesung angenommen.

Der Senat behandelt sodann das Gesetz über die Aenderung der Konkurs- und Ausgleichsordnung, die auf Grund der kaiserlichen Verordnung vom 10. Dezember 1914 noch bisher in Geltung war. Nach den Referaten der Berichterstatter, Senator Dr. Krupka und Senator Lish, wird auch diese Vorlage in erster Lesung angenommen.

Berichterstatter Senator Svoboda erstattet sodann im Namen des Renausschusses den Bericht über das Gesetz, durch welches die Regierung ermächtigt wird, auf Grund des Artikels 16 des Völkervertrages wirtschaftliche Zwangsmassnahmen im Verordnungswege durchzuführen. Der Berichterstatter des verfassungsrechtlichen Ausschusses Senator Franta schlägt die Ausführungen Svobodas an und empfiehlt die Annahme der Vorlage, welche auch erfolgt.

### Arno Holz.

(Zu seinem sechzigsten Geburtstag, am 26. April.)

Dieses großen deutschen Dichters zu gedenken, ist eine schöne und schmerzliche Pflicht, denn die schwere Not der Zeit starrt einem dabei versteinert entgegen: man entfähnt sich des nicht endenwollenden Unabanks, der Holz zuteil ward, des mangelnden Verständnisses, das man ihm entgegenbrachte, nachdem andere, beweglichere, seine Anregungen flugs verarbeitet hatten, und nicht zuletzt des harten, bitteren Kampfes um tägliche Brot, den einer der stärksten Aertger deutscher Dichtung, nun er sechzig Jahre alt geworden ist, in einer kalten Manufaktur im fünften Stockwerk eines Berliner Mietshauses durchzufechten hat. Fast vierzig Jahre unermüdbaren Ringens und als Lohn das nackte Elend, kaum gemildert durch freundschaftliche Sammlungen, durch Ehrenverkäufe von Manuskripten u. dergl. — wahrlich, der Niedergang des geistigen Proletariates kann nicht sinnfälliger veranschaulicht werden, als durch diese Notlage eines geistig führenden Mannes.

Als Holz mit dem „Buch der Zeit“ 1885 in die Bahn sprang (sein „Kling ins Herz“ aus dem Jahre 1883 hat noch keinen Eigentümer), war das kämpfende Volk um einen kühnen, wortgewaltigen Sprecher reicher, ein neuer Darweh oder Freiligrath schien in den tönenden Rhythmen des Werkes auferstanden zu sein. Und kaum vier Jahre später, mit dem Novellenband „Papua Samlet“ (1889) und dem Drama „Familie Seidke“ (1890), hatte er dem nach

Erlösung von den Fesseln des Verkommens dürstenden jungen Dichtergeschlecht eine neue Sprache gefunden, so stark und ausdrucksgevoaltig, daß erst diese Dichtungen dem jungen Gerhart Hauptmann die Junge lösten und ihm den Mut gaben, „Vor Sonnenaufgang“ und „Ein Friedensfest“ in so unerhörten neuen Tönen zu schreiben. Dann folgten zähe, langwierige Studien über Wesen und Gesetze der Kunst und 1899 trat Holz mit seiner neuen, vom „Beierkasten“ des Reims und der Strophe befreiten, einzig auf den inneren Rhythmus gestützten Lyrik hervor, dem „Phantasia“. Ohne künstlerische Revolution gab es für ihn eben keine Tat.

In die drei Gruppen: Gedichte, Dramen und theoretische Schriften gliedert sich, wie in den Anfängen, so auch fernerhin das gesamte Schaffen des Meisters. Die Lyrik scheint auf den ersten Blick den geringsten inneren Zusammenhang aufzuweisen. Im „Buch der Zeit“ donnert ein Prophet des sozialen Umsturzes seine langwoll-pathetischen Anklagen gegen die Gesellschaft hinaus, im „Christlichen Portrat“ aus dem 17. Jahrhundert: Daphnis“ (1903) spiegelt sich ein Hofmannswaldauischer „Schäffler“ (sofort in allerlei „Fress-, Sauf- und Venusliedern“, sowie in „Reumüthigen Pusthären“, und im „Phantasia“ horcht ein zärtlich Hingebener auf die stille, innere Melodie der Worte, bis sie aus ihrer Seele heraus, ohne die landläufigen Mittel des Klanges, zu Tönen beginnen; vielleicht nicht immer mit bestimmtem, hart fassbarem Sinn, aber desto zwingender als ein anschauungswedender Traum. Trotzdem führt man, wenn man nur guten Willens ist, das einigende dichterische-menschliche Band zwischen all den buntglitzernden Versen, findet sich immer wieder im Bannkreis

eines Suchers, der zu verstandeshaft ist, um sich an die dunkle Stimmung des Jchs oder der Außenwelt fromm-gläubig anzuliefern, zu lyrisch durchdringt und schmerzhaft zu irren, um nicht diese seine Verstandesfalte als bitteren Fluch zu empfinden. Ob er sich nun in den Rausch des sozialen Wollens und Auftrubs, ob in jenen der worttrunknen „Schäfferei“ oder des vieldeutigen, sagen tafelnden Seelengestammels stürzt, ob er sich als Herr und Meister des Reims bis zur Spielerei oder als Entdecker des „notwendigen Rhythmus“ gehabt: in jeder dieser Lebensepochen kämpft er gegen und um sich selbst. Bald für Augenblicke einen Auschnitt der Welt oder seiner selbst erfassend und wundervoll gestaltend, bald voll Bitternis sich und die anderen befindend, verhöhrend und, wenn sich's gerade trifft, in irgend einer Maske, „uzend“.

Dieses Rasstlose, ewig Vorwärtsgehende hat es Holz gewährt, Jungen und Werdenen öfter Führer zu sein, aber es hat ihm verwehrt, dem Volke lieb und vertraut zu werden, und das Wissen darum stand seinem episch-dramatischen Schaffen Pate. Sind doch der überlange Walpurginachtstraum „Die Bleichschmiede“, die satirische Literaturkomödie „Sozialaristokraten“ und die webe Künstlertragödie „Sonnenfinsternis“ immer wieder Verkörperungen des einen großen „Warum?“ „Was drängt mich stets aufs neue in den Hintergrund?“, und man muß sagen: mit blutigerem Hohn sind Gegner kaum je gegauft worden als in den beiden erstgenannten Werken, schmerzlicher als in „Sonnenfinsternis“ hat nicht oft ein Dichter gerungen, seine Enttäuschungen und seinen qualvollen Kampf um den Stoff und um die notwendige Form zu gestalten. Hier heißt auch der Denker Holz Bewunderung und erst

recht in dem gewaltigen „Ignorabimus“, dieser Tragödie strindbergisch lebender Menschen und zugleich des wissenschaftlichen Okkultismus. Leichter als beim Lyriker läßt sich beim Dramatiker Holz — doch denke ich dabei nicht an den Verfasser des „Traumulus“ und anderer Effektskizze — die innere Einheit feststellen. Hat er sich auch vom peinlich genauen Schilderer der Pflücklichkeit zum Gedankenreicher emporgearbeitet, so läuft er doch auch in seinem letzten großen Drama wie im Frühwerk „Familie Seidke“ auf jeden hauchgarden Ton der Umwelt, sieht jedes Sonnenflecken und jedes fallende Blatt. Der das Unsichtbare noch schauende, das Unhörbare noch vernehmende Gestalter ist Holz, seiner künstlerischen Lebensart nach, eben geblieben, wo es kleinste und feinste Menschlichkeiten zu formen gilt, nennt kein anderer Dichter der Gegenwart so reiche Farben auf der Palette sein eigen wie er.

All diese kostbaren Gaben, die wir Holz verdanken, vereinigt zu sehen, ist weder ihm noch uns vergönnt — auch dies eine Schuld der Zeit, die sich in Tribut an das Raubkapitel der Welt verzehren muß und zu arm ist, ihre wertvollsten Kulturgüter zu sammeln. Die Vorbände sind kaum noch antiquarisch aufzutreiben, einen für das Gedichtwert ausreichenden, dem umfangreichen dramatischen Schaffen gegenüber aber verlassenden und nur Bruchstücke bietenden Noterfand liefert der starke Band: „Das aus-gewählte Werk“ (Berlin 1920, Bong und Komp.). Das Versprechen, das der Verlag damals gab: „Dem Dichter zum Recht gefeiert zu werden, zu verhelfen und seine Werke in möglichst schneller Folge herauszubringen“ ist uneingelöst geblieben, die Enttäuschung, dieses traurigste Wahrzeichen über dem Lebenslauf Arno



Sodann beschließt der Senat, die Debatte über die Dringlichkeitsinterpellation der Senatoren Genossen Dr. Heller und Richter über die letzten Ereignisse im tschechischen Bankwesen zu eröffnen.

Senator Genosse Dr. Heller begründet die Dringlichkeit der Interpellation dahin, daß die im Abgeordnetenhaus seitens des Finanzministers anlässlich der Bankendebatte abgegebene Erklärung auf das Wesen der Dinge nicht einging, und daß die Rede des Abg. Dr. Kubicek eine sofortige Antwort seitens des Finanzministers erfordert hat.

Finanzminister Wechs

beantwortet die Dringlichkeitsinterpellation der Senatoren Genossen Dr. Heller und Richter in Angelegenheit der Bohemia-Bank. Zu den Ausführungen Dr. Kubicek teilt der Minister mit: Am 20. Mai 1920 erhielt das Finanzministerium das Gesuch der „Bohemia“-Bank um Bewilligung zur Erhöhung des Aktienkapitals von 25 auf 100 Millionen Kronen.

sandt wurden, die „Bohemia“-Bank aus-gelassen war, weil die Vorsicht gebot, die Reorganisation des Institutes abzuwarten. Die An-regung an die Sparkassen, bei der „Bohemia“-Bank nicht einzulegen, sei jedoch nicht ergangen.

Senator Genosse Dr. Heller

sagt u. a.: Zur Sache selbst muß ich vor allem unsere Stellung zum Bankwesen und zum Wesen der Banken überhaupt mit ein paar Worten präzisieren. Wir erkennen durchaus an, daß in der beste-henden Gesellschaftsordnung die Banken einen notwendigen Bestandteil bilden.

Finanzkapital überhaupt einen immer größeren Einfluß auf die gesamte Volkswirtschaft

nimmt, daß die Tendenz kapitalistischer Wirtschaftsentwicklung zur Stärkung des Finanzkapitals oft genug auf Kosten des Industriekapitals geht. Das ist die allgemeine Entwicklung der Banken überhaupt, nicht nur in diesem Staate, sondern auch in anderen Staaten.

drei Kategorien von Banken.

Einmal die „Zivnostenska banka“ mit ihrem Kon-zerne, mit ihren Nachläsfern, aber auch mit der Industrialbank, die ja keine Nachläsferin der Zivnobank ist, aber ungefähr in diese Kategorie gehört, also Banken, welche im großen und ganzen zum allergrößten Teile ihren Sitz und ihre Filialen innerhalb des Reiches des neuerrichteten Staates hatten.

waren. Es gibt darunter auch Banken, welche zwar eine scheinbare Selbstständigkeit besaßen, wie die „Böhmische Eskompte-Bank“, die aber in Wahrheit nichts anderes ist, als eine Filiale einer in Wien sitzenden Großbank.

Redner schildert dann die Entwicklung, welche das Bankwesen in der Tschechoslowakei genommen hat und sagt, daß, nachdem nach der Erklärung des Finanzministers es die Aufgabe unseres Bankwesens vor allem war, unsere Industrie von dem Einflusse fremden Kapitals zu befreien und die kaufmännische Basis aus Wien und Budapest nach Prag zu überlagern.

erhöhten Schutz der unbemittelten Einleger

sowie Schutz für die durch den Bankzusammenbruch betroffenen Beamten, eine wesentliche Verbesserung der Aufsicht des Staates über die Banken, und zwar eine praktisch eingreifende Aufsicht, welche solche Dinge, wie sie vorgekommen sind, zu verhindern in stande wäre.

die Regierungen von Anfang an mit der „Zivnostenska banka“ in einer innigen Personalverknüpfung standen,

was zur Folge hatte, daß die Regierung eine Reihe von Maßnahmen getroffen hat, welche ausschließlich im Interesse dieser Bank gelegen waren. Redner befaßt sich hierauf eingehend mit den vom Finanzminister angeführten Ursachen der letzten Bankzusammenbrüche und sagt, daß die Tätigkeit der Regierung sich nicht darauf beschränken dürfe, einzelnen Banken Vorteile zu gewähren, im übrigen aber sich um die Sicherheit der Einleger nicht zu kümmern.

Senator Friedrich Karl (d. Nat.) führt aus,

daß wir 28 tschechische, 5 deutsche und 7 gemischt-sprachige Banken haben. Diese Entwicklung der tschechischen Banken steht nicht im Einklange mit den wirtschaftlichen Erfordernissen. Daß manche tschechische Bank ihre Geschäfte mit Nationalität betreibt, hat zur Folge, daß oft die geschäftliche Beznunft beiseite gelassen wird, wodurch die Bank enorme Verluste erleidet.

Senator Ledebour-Wicheln (deutscher Christ-Soz.) sagt u. a.:

Es gibt nur einen wirtschaftlichen Grundsatz: Ehrlichkeit und es gibt nur eine produktive Kraft: Charakter. Jede Politik, die sich nach wirtschaftlichen Fragen richtet, wird nicht schlecht sein, aber jede Wirtschaft, die sich nach der Politik richtet, ist schlecht.

Senator Chlumecy (Kom.) erklärt, daß sich die kommunistische Partei keinen Illusionen hingibt,

daß es möglich wäre, durch Debatten zu erzielen, daß die Regierung gegen die durch die Sie hettert über den grau verstaubten Pflasterstrand, duckt sich die Hügel, läuft geschäftig drei Finger breit durch das krause Letternegewirr, duckt sich und tupft mit dem Nüssel auf das Wort: INFERNO.

Die Auslieferung des Abgeordneten Dr. Kubicek vom Immunitätsausschuß beschlossen.

In der gestrigen Sitzung des Immunitäts-ausschusses wurde über Bericht des Abg. Kou-della Abg. Kubicek ausgeliefert. Ueber den Fall Kubicek bezüglich der Vorgänge in der Bohemia-Bank wird nach Verlesung diverser Proto-kolle sowie einer schriftlichen Aeusserung des Verteidigers des Abg. Kubicek, Dr. Hammer — in der Dr. Kubicek keine Auslieferung beantragt — über Antrag des Referenten Abg. Marcha der Beschluß gefaßt, Dr. Kubicek auszuliefern.

Eine dunkle Protektionsgeschichte vordem Landwirtschaftlichen Ausschusse

In der gestrigen Sitzung des Landwirtschaft-lichen Ausschusses brachte der Abgeord-nete Cerny (tsch. Soz.-Dem.) vor Eingang in die Tagesordnung eine dunkle Protektionsge-schichte zur Sprache. Er verlangt Aufklärung über die Verwendung von 200 Waggons Meie, welche für Notstandszwecke bestimmt waren.

Einige Proben aus dem „Buch der Zeit“ und dem „Phantasius“ mögen den Dichter der An-schauung unserer Leser näher bringen: Mein Herz schlägt laut... Mein Herz schlägt laut, mein Gewissen schreit. Ein blutiger Frevler ist diese Zeit!

Holzens, hat auch da wider gesiegt. Möge we-nigstens sein sechzigster Geburtstag dem deutschen Volk zum Bewußtsein bringen, einen geistig wie starken, dichterisch wie gewaltigen Schöpfer es an Holz besitzt, und möge der Tag uns den Anstoß dazu geben, sein Werk zu retten und ihn selber aus feilscher und materieller Pein!

Aus „Phantasius“. Ueber einen alten, scheußlich zerlesenen Schwimms-leberband gebüdt, aus dessen üblem, finstrem Latein mich der ganze, gräßlich konzentrierte Irrsinn von fünf, heimlich noch immer in uns nachschwebenden, christ-lichen Jahrhunderten anweht, habe ich alles um mich vergessen.

Senator Dr. Horáček (tsch. Agrarier) hält die Debatte für zwecklos. Sodann schreitet das Haus zur Abstim-mung über die Regierungserklärung, welche von der Koalition gegen die Stimmen der ge-samten Oppositionsparteien zur Kennt-nis genommen wird. Der Vorsitzende schließt die Sitzung und gibt bekannt, daß die nächste Sitzung Donnerstag, den 26. April um 60 Uhr vor-mittags stattfindet. Auf der Tagesordnung befinden sich die Wohnungs-gesetze.

Abgeordnetenhaus. Minister Benes über außen-politische Fragen.

Die in der vorgestrigen Sitzung des Außen-ausschusses abgebrochene Debatte über die Erklä-rungen des Außenministers über die Favourita und Ostgalizien wurde gestern fortgesetzt. Von den verschiedenen Rednern wurde die Politik des Au-ßenministers heftig angegriffen.

Genosse Dr. Holstischer erklärte u. a., daß es sowohl in der Favouritafrage als auch bei Ostgalizien nur einen Grundsatz geben dürfe, nämlich den des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Prestige und strategische Gründe dürften nicht maßgebend sein. Daß der Außenminister neutral sein will, ist zu billigen, nicht aber daß er sich in der ostgalizischen Frage für desinteressiert erklärt, denn wir seien immer daran inter-essiert, daß nach demokratischen Grundsätzen gehandelt wird. Genosse Dr. Holstischer richtet an den Minister die Anfrage, wie er sich zu den Ausweisungen von reichsdeutscher Staatsbürger verhält. Es sei richtig, daß der Anfang mit den Ausweisungen von lokalen Behörden in Deutsch-land gemacht wurde, aber die Politik der Repres-salien, die der Staat auch in dieser Frage betreibt, sei verwerflich, da sie die Existenz vieler Familien untergrabe und nur zur Schädigung des Staates führen könne.

Es sprechen noch einige Redner, worauf der Außenminister auf die an ihn gerichteten Fragen antwortete und seine Politik gegenüber den An-griffen, welche besonders von dem Nationaldemo-kraten Spáček und Hein gegen sie erhoben worden sind, verteidigte. Den Vorwurf des Genossen Cerny, daß er anstatt dem Außenaußschuß nur den koalitierten Parteien im Dezember Bericht er-stattet hat, weist er zurück, denn er habe stets nach parlamentarischen demokratischen Regeln gehandelt. Genossen Dr. Holstischer gegenüber be-tont er, daß er sich Mühe gab, das demokratische Ideal hochzuhalten, daß aber in der Praxis sich oft Schwierigkeiten ergeben, die nicht immer so leicht überwunden werden können. Bezüglich der Hilfe für die Ruhrkinder erklärte Minister Benes, daß diese Frage für die Regierung kein Politikum sei und daß er bestrebt sein werde, diese Angelegenheit nach den Grundsätzen der Humanität zu behandeln.

Die Auslieferung des Abgeordneten Dr. Kubicek vom Immunitätsausschuß beschlossen.

In der gestrigen Sitzung des Immunitäts-ausschusses wurde über Bericht des Abg. Kou-della Abg. Kubicek ausgeliefert. Ueber den Fall Kubicek bezüglich der Vorgänge in der Bohemia-Bank wird nach Verlesung diverser Proto-kolle sowie einer schriftlichen Aeusserung des Verteidigers des Abg. Kubicek, Dr. Hammer — in der Dr. Kubicek keine Auslieferung beantragt — über Antrag des Referenten Abg. Marcha der Beschluß gefaßt, Dr. Kubicek auszuliefern. Anlässlich der Beratung des Auslieferungsbeghe-rens betreffend den Abg. Halek wegen Wucher-angelegenheiten ergreift Abg. Lehnert das Wort, um gegen die Art und Weise der Behand-lung des Falles zu polemisieren. Die Verhand-lungen wurden sodann abgebrochen.

Eine dunkle Protektionsgeschichte vordem Landwirtschaftlichen Ausschusse

In der gestrigen Sitzung des Landwirtschaft-lichen Ausschusses brachte der Abgeord-nete Cerny (tsch. Soz.-Dem.) vor Eingang in die Tagesordnung eine dunkle Protektionsge-schichte zur Sprache. Er verlangt Aufklärung über die Verwendung von 200 Waggons Meie, welche für Notstandszwecke bestimmt waren. Hievon erhielten die agrarischen Organi-sationen 150 Waggons und die natio-nalsozialistische 50 zu einem Preise von 50 Kronen per Meterzentner, während Kon-sumentenvereine 70 Kronen (!) bezahlen mußten. In der nächsten Sitzung soll der Mini-ster Dr. Dohza hierüber Aufklärung geben. — Verhandelt wurde hierauf über drei Anträge auf



**Gewährung von Unterstützungen bei Elementarschäden.** In der Debatte sprach sich die meiste Redner für die einheitliche Regelung der Unterstützungsfrage aus. Abg. Maschala beantragte, für dieses Jahr noch einen größeren Geldbetrag — ungefähr 10.000 K zu Unterstützungs Zwecken zu bewilligen, im nächsten Jahre aber die gesetzliche Versicherungspflicht gegen Elementarschäden (Egelschlag, Maul- und Klauenseuche usw.) einzuführen. Für je 100 K Versicherungssumme wäre eine Prämie von 67 Heller ausreichend. Der Regierungsvertreter berichtete, daß im Vorjahre über zehn Millionen Kronen für Unterstützungen ausgegeben wurden. Abg. Ulrich (tsch. Soz. Dem.) beantragte die Einsetzung eines neungliedrigen Komitees zur Ausarbeitung von Vorschlägen, wobei der Antrag betreffend die Verteilung der Notstandsunterstützungen als Grundlage genommen werden soll. Von unseren Abgeordneten sprach Gen. Leibl, der das System der Steuerabschreibungen als ungenügend und die bisherige Hagelversicherung als unzulänglich bezeichnete und hervorhob, daß Dürre und Futtermittel die größten Katastrophen darstellen. Redner begrüßte die Möglichkeit, die Frage eingehend und endgültig zu erledigen. Das gesamte Material wurde schließlich einem Subkomitee zur Verarbeitung überwiesen, dem auch Abg. Genosse Schweichhart angehört.

**Aus dem Wehr- und dem Verfassungsausschuß.**

In der gestrigen Sitzung des Wehrausschusses stellte Abg. Genosse Jockl den Antrag, daß die Vorlage bezüglich der Durchrechnung der Dienstzeit der Militärgagisten, die als erster Punkt auf der Tagesordnung stand, von der Tagesordnung abgesetzt werde, weil die deutschen Abgeordneten keine Uebersetzung erhalten hatten. Der Antrag wurde abgelehnt, worauf die Vorlage genehmigt wurde. — Der Verfassungsausschuß hielt gestern gleichfalls eine Sitzung ab, in der der Senatsbeschluß über den Regierungsgesetzentwurf bezüglich des Verlegervertrages zur Behandlung gelangte. Nach einer allgemeinen Debatte wurde die Spezialdebatte eingeleitet, die in der nächsten Sitzung fortgesetzt werden wird.

**Ausland.**

**Der Appetit der Kleinen.** In der letzten offiziellen Sitzung des Völkerbundes kam es zu sehr langwierigen und stellenweise heftigen Auseinandersetzungen bei der Verhandlung des Protokolls der ungarischen Regierung gegen die Expropriation ungarischer Staatsbürger in den durch den Friedensvertrag von Trianon Rumänien zugesprochenen Gebieten Siebenbürgens. Der Berichterstatter Adatoy beantragte die Angelegenheit, die seiner Ansicht nach vorwiegend juristischen Charakter trage, dem ständigen internationalen Gerichtshof in Haag vorzulegen. Der rumänische Vertreter Titulescu lehnte im Namen seiner Regierung sowohl ein schiedsgerichtliches Verfahren des Haager Gerichtshofes als auch die bloße Beobachtung der strittigen Frage durch diesen Gerichtshof mit gleicher Entschiedenheit ab, da die Angelegenheit eine in der Verfassung seines Landes verankerte und durch die sozialen Verhältnisse erforderliche Maßnahme der Agrarreform darstelle, die keinesfalls als Ausnahmeverfahren gegen Ungarn bezeichnet und nach Ansicht Rumäniens nicht durch eine juristische Entscheidung aus der Welt geschaffen werden könne. Es entspann sich eine sehr bewegte Diskussion, in die besonders der chemische Ministerpräsident Salandra vermittelnd eingriff. Der japanische Delegierte Adatoy lehnte es, durch die Stellungnahme Titulescus in seiner Uebersetzung schwer verletzt, ab, weiter als Berichterstatter zu fungieren, obwohl ihn der Rat darum ersucht hat. Schließlich wurde der Antrag Salandras angenommen, die Angelegenheit ohne Präjudiz irgend welcher Art zu vertragen. Adatoy erklärte sich bereit, sich nochmals der Streitfrage anzunehmen. Ueber seine Intervention wurden beide Parteien aufgefordert, sich zu verständigen.

**Sowjet und russisches Bauerntum.** Auf dem Parteitag der russischen kommunistischen Partei führte Kamenev zur Steuerpolitik auf dem Lande führte Kamenev zur Steuerpolitik auf dem Lande den Bauern, der Heimarbeit leistet, sondern gegen seinen Ausbeuter, den Wucherer, wenden werde. Im vergangenen Jahre habe das Bauernum 25 Prozent der Staatssteuern, darunter 17 Prozent direkte Steuern, gezahlt. Im kommenden Geschäftsjahre werde die direkte Besteuerung im Zusammenhange mit der Vergrößerung der Saatfläche auf 21 Prozent des Budgets steigen, d. h. 420 Millionen Goldrubel betragen. Kamenev schätzt die Gesamthöhe der Produktion der Bauern auf vier Milliarden Rubel und hält diese Besteuerung für nicht allzu drückend. Der Staat müsse den Bauern durch allmähliche Verwindung der Naturalsteuer in Geldsteuer, durch die Vereinigung aller Arten der Bauernbesteuerung in eine einheitliche Steuer und durch Organisation der Ausfuhr des Bauerngetreides ins Ausland entgegenkommen. Diese Maßnahme, die zur Wiederherstellung der Landwirtschaft beitragen und die Kaufkraft der Bauernschaft erhöhen würde, würde auch zur Belebung der Staatsindustrie beitragen.

Der zweite Redner Kalinin erklärte zum Ausgabenbudget Russlands, daß 32 Prozent davon Ausgaben für das Transportwesen waren und daß es nur dank der Wiederherstellung des Transportwesens gelungen sei, viele Millionen Bauern vor dem Hungertode zu retten.

**Streit der Tschechoslowakei mit Ungarn.**

In der vergangenen Woche wurde der Feldweibel des tschechischen Grenzregiments Sedlacek von ungarischen Grenzern auf tschechoslowakischem Boden getötet. Einige Nachrichten behaupten, daß es sich um eine gewöhnliche Balgerei mit tödlichem Ausgang gehandelt hat, wie sie jetzt an den nach dem Besten vorgeschobenen mazedonischen Grenzen nicht selten sind, andere Gerüchte sprechen von einem Vorstoß der Hejjas-Leute, die sich der Dessenität in Erinnerung bringen wollen.

Die Budapester tschechische Gesandtschaft teilt dazu mit: „Am Zusammenhang mit den bekannten Grenzverletzungen hat die Regierung der Tschechoslowakischen Republik von der ungarischen Regierung Genehmigung verlangt und den Vorschlag gemacht, die Angelegenheit einer gemischten Kommission zur Untersuchung zu geben. Die Antwort der ungarischen Regierung befriedigte nicht und da überdies die öffentliche Meinung in der Tschechoslowakei ungeduldig nach Repräsentation rief, hat sich die Prager Regierung veranlaßt gesehen, schon jetzt schärfere Maßnahmen zu ergreifen, umso mehr, als die Erledigung der Angelegenheit durch eine gemischte Kommission zu lange Zeit in Anspruch nehmen würde. Deshalb wurde die Grenzsperrung angeordnet.“

Derartige Vergeltungsmaßnahmen treffen im allgemeinen kleine Leute, die mit der ganzen Sache nicht das mindeste zu tun haben und die, wie die politischen Verhältnisse nun in Ungarn liegen, gar nicht in der Lage sind, auf die ungarische Regierung einen Druck auszuüben. Es werden ungarischen Staatsbürgern keine Einreisebewilligungen nach der Tschechoslowakei erteilt und die slowakischen Behörden bereiten eine große Aktion zur Ausweisung der ungarischen Staatsbürger aus dem Gebiet der Republik vor. Es wird zwar behauptet, daß diesmal magyarische Magnaten, Horthy-Spione und Ödöböcs-Schieber ausgewiesen werden, aber bisher gin-

gen solche Ausweisungaktionen immer so vor sich, daß man Arbeiter, politische Flüchtlinge, arme Schlucker der Horthy-Polizei überlieferte und die Antwort auf die Provokationen der Hejjas-Leute war immer die Einengung des Rechts in der Tschechoslowakischen Republik. Es ist möglich, daß das Ministerium des Innern die Horthyisten treffen wollte, aber der Himmel ist hoch und Prag ist weit, und der Polizeihauptmann und Stuhlrichter, der noch aus der magyarischen Zeit seine alten Gewohnheiten beibehält, legt eben die Weisungen aus Prag so aus, daß nicht die magyarischen Irredentisten, sondern die Arbeiter die Leidtragenden sind. In der ungarischen Nationalversammlung ist, wie aus Budapest gemeldet wird, in der Form einer dringlichen Anfrage von dem Grafen Apponyi, auch einem armen Vertriebenen aus der Tschechoslowakei, die Angelegenheit zur Sprache gebracht worden. Graf Apponyi war nämlich Großgrundbesitzer in der Slowakei, und er, einer der schlimmsten und überführten Kriegsheer, verkaufte sein Gut um sechs Millionen Tschechenkronen dem Bodenamt, damit es tschechische Legionäre auf dem Boden ansiedeln kann, auf dem seit vielen Jahrhunderten für die Apponyis magyarische Bauern geschuftet haben. Dieser arme Flüchtling und patentierte Kriegsheer sprach mit seiner ekelhaften, geölten Beredsamkeit über die Verhältnisse der tschechischen Republik gegen das Völkerrecht, und der Minister des Innern Darabard, der gewesene Leiter der Kabinettskanzlei unter Franz Josef, also auch ein Sachverständiger für Demokratie und Völkerrecht, protestierte gleichfalls gegen die Vorgangsweise des Herrn Benes. Da die tschechische Regierung einen internationalen Untersuchungsausschuß vorgeschlagen hat, ist die gewohnheitsmäßige Budapester Aufregung und die aggressive Begleitmusik in der Presse unangebracht oder zumindestens verfrüht.

**Eine Gewerkschaft der Militärgagisten.**

Von einem Offizier und Parteigenossen erhalten wir den folgenden Bericht über die interessante Gründung einer Offiziersgewerkschaft in der Tschechoslowakei.

„Gebt uns Bücher — wir sind zu arm, um sie uns selbst zu kaufen!“ Dieser Ruf, bitten und fordernd, erklang von einer Stelle, wo wir dies am wenigsten erwartet hätten. Vorig' Woche fand im großen Saale des Narodni däm in Prag-Smichow die Jahreshaupttagung des Verbandes der tschech. Militärgagisten statt. Ein Zeichen der Zeit — selbst die Militärgagisten haben sich nach gewerkschaftlichem Vorbilde im Swaz öst. dustomnielwa organisiert. Er umfaßt 10.000 Mitglieder. Sie waren beim Verbandstage durch 211 Delegierte vertreten, die auf eigene Kosten und auf Kosten ihrer Kameraden aus allen, selbst den entferntesten Garnisonen der Republik herbeigeekelt waren, um ihren kulturellen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Man war erstaunt, zu sehen, daß im Rahmen der Krone eine derartig demokratische, wenngleich völlig unpolitische Organisation sich herauskristallisiert hat. Die Leitung dieser ausschließlich aus Militär bestehenden Organisation hat allerdings ein aus freier Wahl hervorgegangener Zivilist, Oberrechnungsrat Mayer, inne. Wollten etwa die Militärgagisten sich durch die Wahl eines Zivilisten die völlige Unabhängigkeit und Unbeeinflussung durch das Ministerium für nationale Verteidigung sichern? Jedenfalls war es eine kluge Wahl.

Was wollen eigentlich die Militärgagisten? Etwas eine prunkende Paradeuniform, einen raselnden Schleppefabel, eine schimmernde Wehr? — Nichts von alledem! Sie wollen, um ihre Forderungen in zwei Worte zu fassen — ganze Schuhsohlen und Bücher! Sie fordern die materielle und kulturelle Gleichstellung mit den übrigen Kategorien der Staatsangestellten, sie wollen die inneren Gegenüber, die sich aus der Verschiedenheit der Herkunft und des Bildungsganges der Militärgagisten ergeben, durch kluge und gerechte Maßnahmen schwinden machen, sie wollen Kostengünstige überbrücken, sie wollen sich „unifizieren“, wie der sachliche Ausdruck lautet. Aber noch die frühere militärische Disziplin im Gedächtnis hat, ist überreicht, zu hören, daß der Unterleutnant im Swaz die gleiche Stimme und die gleichen Rechte hat wie sein vorgelegter General, dem durchaus keine Ausnahmestellung eingeräumt ist. Alle forderten in freimütiger Rede und Resolution menschenwürdige Unterkünfte für sich, ihre Untergebenen und ihre Familien, sie forderten Bücher, wissenschaftliche Bücher, Lehrhefte und die Veranstaltung unentgeltlicher kultureller Unterrichtskurse. Die mit so vielen Abkömmlingen belastete Gasse reicht kaum für des Lebens Notdurft, kaum für Schuhsohlen. Es bleibt keine Krone übrig für Bücher, für wissenschaftliche Weiterbildung, für Theater und Konzerte. Insbesondere denken, die in den entlegensten Kulturfernen Garnisonen von Bedorpotok Ruß. abtrennt von Weib und Kind, schweren Dienst leisten müssen, ist das Buch die einzige Freude, die ausschließliche Erholung.

Besichtlich kulturelle Forderungen waren es, die in einer berechtigten Resolution dem Ministerium für nationale Verteidigung als der Konkretion der Militärgagisten vorgebracht wurden. Es wäre Pflicht der obersten Militärverwaltung, diese kulturellen Forderungen der Militärgagisten zu fördern und zu erfüllen und ihren Bildungshunger, ihren Wissensdrang zu befriedigen. Ist

**Telegramme.**

**Der Kampf um Argentinien.**

Warschau, 25. April. (Tsch. P. B.) Der Sejm genehmigte am 23. April abends einstimmig die Dringlichkeit des Antrages und Ultimatum, daß die Regierung bei dem Vorkosterrate die Zuerkennung Javorinas zu Polen energisch fordere und in Paris betone, daß ein weiteres Verschieben dieser Angelegenheit von Polen, als ein schmerzliches Unrecht angesehen werden müßte, welches zu einer günstigen Gestaltung des Verhältnisses zu der Tschechoslowakei nicht beiträgt. Die Dringlichkeit des Antrages begründete der Volksparteier Vizemarschall Osieczki, das Memorium der Nationaldemokraten Rhymer. Osieczki schilderte die Entwicklung der Frage in bekannter tendenziöser, polnischer Art. Er wirft der tschechoslowakischen Regierung vor, daß sie die Angelegenheit nicht wirklich erledigen wolle. Dem Vorkosterrate wirft er Unentschlossenheit vor, um eine innere Krise in der tschechoslowakischen Republik nicht herbeizuführen. Die polnische Regierung habe schon genug nachgegeben! Die polnische Regierung hatte bisher keinen einzigen Erfolg bei den Tschechen. Die Polen müssen nunmehr hart bleiben und die Nachgiebigkeit müsse aufhören. Immer hob hervor, daß alle Polen die Wunden zu heilen suchen, die Polen in der Tschechen und der Wozfrage zugefügt worden sind. Auch den Tschechen müsse daran liegen, daß wenigstens die Javorinfrage etwas gerecht für die Polen erledigt werde. Deshalb erhebe er die Stimme der Warnung und der Ungeduld. (Die Stillierung dieser Meldung ist charakteristisch, wie das Tschechoslowakische Preßbüro seine Aufgabe falsch erfüllt: statt Tatkoden einfach zu melden, bringt es die Rede im Warschauer Sejm vollständig verjährt. D. Red.)

**Sinnes und der Marktur.**

Berlin, 25. April. (Eigenbericht.) Die Regierung bereitet nun Maßnahmen zur Feststellung des Devisenumlaufes vor. Ein Redakteur „Berliner Tageblatt“ berichtet über die Urzeichen des letzten Marksturzes, daß man Verbindungen zur Hebung des Dollarkurses geschlossen hatte und eine Zentralkasse des Sinnes-Kongress dabei stark beteiligt war. Die Regierung wird aufgefordert, eine genaue Untersuchung einzuleiten, ob tatsächlich gewisse Kreise dem Abwehrkampf so in den Rücken gefallen wären. Es ist nur zu befürchten, daß eine derartige Untersuchung kein besonderes Ergebnis zeitigen wird.

**Um die Arbeitslosenunterstützung in Oesterreich.**

**Einigung in Sicht.**

Wien, 25. April. (Eigenbericht.) Heute haben die Verhandlungen der Parteien über das Verlangen der Sozialdemokraten nach Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung stattgefunden. Die Christlichsozialen wollen eine Erhöhung um zehn Prozent und eine weitere Erhöhung bei Familienvätern zugesprochen, so daß die Forderungen der Arbeitslosen in einigen Gruppen sogar überstiegen würden. Dagegen ist über die Zuerkennung der erhöhten Unterstützung für kleine Landgemeinden noch keine Einigung erzielt worden.

**Der Beamtenstreik in Rumänien.**

Bukarest, 25. April. (Tsch. P. B.) Der am Montag begonnene Streik der Staats- und Gemeindeangestellten dauert an. Er ist jedoch nicht allgemein, da in der Wehrzahl der Beamter ge-

arbeitet wird. Am Dienstag vormittag begaben sich einige tausend Streikende nach Bacaresti, wo die Führer der Bewegung eingekerkert sind. Starke militärische Abteilungen gestatteten den Manifestanten nur eine Annäherung auf zwei Kilometer zum Gefängnisgebäude und die Absendung einer Deputation zum Besuche der Inhaftierten. Täglich finden Versammlungen im Ciomigiu-Park statt. Jene Beamter und Gerichte, in welchen die Beamtenschaft in den Streik getreten ist, werden von militärischen Wachen beschützt. In der Provinz herrscht mit Ausnahme einiger größerer Zentren vollständige Ruhe. Die Eisenbahn- und Postangestellten beteiligen sich nicht am Streik. Die Regierungsfreie sind mit Optimismus erfüllt und glauben, daß die Bewegung sich dem Ende nähert und daß die ganze Aktion gescheitert ist. In Handels- und Finanzkreisen machen sich die Folgen des Streikes deutlich fühlbar, da das Fehlen des entsprechenden Personals in den Ämtern die Erledigung der notwendigen Angelegenheiten in Stockung gerät. Die oppositionelle Presse ist auf Seite der Streikenden und wünscht ihnen vollen Erfolg.

**Amerika gegen den Völkerbund.**

London, 24. April. Präsident Harding hat sich dafür ausgesprochen, daß Amerika dem Weltfriedensgerichtshof beitrete. Dagegen betonte er energisch, daß er alle Gedanken einknickig verwerfe, daß die Vereinigten Staaten dem Völkerbund beitreten. Wir haben weder die Absicht, durch eine Seitentür, Hintertür oder Kellertür uns in den Völkerbund einzuschmeicheln. Ich habe nicht die Absicht, den Völkerbund zu kritisieren. Wir wollen von ihm nichts wissen. Ich habe dies im Senat, der Regierung und meinem Volke übereinstimmend erklärt. Mein Entschluß trägt deutlich den Stempel der Endgültigkeit in sich.“

**Belorgnisse der Sowjets um die Führerstellung.**

Moskau, 25. April. (Tsch. P. B.) In der gestrigen Sitzung des Kommunistentkongresses begann die Aussprache über den Bericht Stalins betreffend die Nationalitätenfrage. Der Delegierte Said Galiew beschwerte sich darüber, daß sich unter den Nitrollern solche Bourgeoischawinisten, außerhalb der Partei stehende Personen und auch die aus der Mitte der nationalen Minderheiten hervorgegangene Jugend der eigenen Partei der Nationalitätenfrage als Monopols bemächtigt hätten, so daß die Gefahr besteht, daß die ganze Sache umkippt. Es empfiehlt sich daher, daß die kommunistische Partei in der energischsten Weise erkläre, daß die Frage der Befestigung der faktischen kulturellen und wirtschaftlichen Ungleichheit eine Frage der ganzen Partei und auch jedes einzelnen ihrer Anhänger sei. Wenn dies nicht geschieht, droht die Gefahr, daß wir hier die Führung verlieren. Der Redner der Ukrainer stellte einen Gegensatz zwischen Theorie und Praxis im Verhalten der Sowjets zu den Nationalitäten fest, auch die Sprecherin Grusiniens erhob Beschwerden.

**Eine internationale Angestellten-Rundgebung in Prag.**

**Gegen die internationale Reaktion — die internationale Solidarität.**

Mit dieser Tagesordnung veranstaltete gestern abends die Zentraldirektive der freigewerkschaftlichen Angestelltenverbände eine Massenversammlung, die in eine herrliche Rundgebung für die internationale Kampfsolidarität der Ausgebeuteten aller Länder und in einen stammenden Protest gegen die Unterdrückung, Nationalismus und Reaktion ausklang. Der große Saal in der Produktenbörse war zum Erdrücken voll von deutschen und tschechischen Angestellten, die gekommen waren, die Abgeordneten der wiedererstandenen Angestellten-Internationale zu begrüßen und von ihnen zu hören, wie es ihren Kollegen und Leidensgenossen in den Ländern der übermütig gewordenen Sieger und der wieder frech gewordenen Besiegten ergebe. Die Sprecher des französischen, deutschen, englischen, skandinavischen, österreichischen, holländischen und belgischen Angestelltenproletariats standen einer nach dem anderen auf und ihrer aller Rede Sinn war das Bekenntnis, daß wohl der Krieg die Massen der Angestellten in allen Ländern zum Denken und Erkennen ihrer Lage aufgepeitscht, ihr den einzigen rettenden Weg der zur freien sozialistischen Organisation gewiesen hat, daß aber Reaktion und Kapitalismus, die über alle Grenzpfähle hinweg sich zu einer internationalen Heiligen Allianz verbunden haben, gestärkt und ermutigt zu neuen Anschlägen gegen die Lohn- und Gehaltspfeiler ausfallen.

Mit besonderer Herzlichkeit wurden die Delegierten aus Deutschland, Frankreich und Belgien begrüßt, in denen die Teilnehmer an der Rundgebung Opfer des einen mordenden Imperialismus und Kapitalismus erklärten, der nun im Ruhrgebiet seinen Triumph nicht über wirtschaftlich Starke, über die Thyssen und Stinnes feiert, sondern seine Schlachtopfer in der Armee der von beiden Geldbourgeoisien ausgebeuteten Proletarier sucht und findet. Ueber die Versammlung, die in später Nachtstunde geendet hat, soll morgen ein ausführlicher Bericht folgen.



# Tages-Neuigkeiten.

## Der Geheimprozeß Haubhuber.

Das Schweigen im deutschen Blätterwald.

Unser Karlsbader Bruderblatt, der „Tollswille“, befaßte sich Dienstag und Mittwoch in zwei Leitartikeln mit dem beredten Schweigen der deutschbürgerlichen Presse zu unseren Enthüllungen über den Haubhuber-Prozeß. Aus den beiden Aufsätzen, die eine ernste, flammende Mahnung an das öffentliche Gewissen sind, geben wir folgende Stellen wieder:

„Unser Zentralorgan hat Alten aus dem Krieg veröffentlicht, die jeden Menschen tief erschüttern mußten, da sie aufzeigten, wie unsere Brüder, die das Unglück hatten, zur „ruhmvollen“ österreichischen Armee zu gehören, von Strebern, Sobitern, Preussingen gequält, gefoltert, gemordet wurden, und wie Männer der Wissenschaft schamlos genug waren, diese Schändlichkeiten mit ihrem Namen, mit ihrer Autorität zu beden. Wie viele unserer Brüder die Niedrigkeiten eines Haubhuber und seiner Vänner, des Hofrates Professor Dr. Ritter von Jaksch, des Professors und deutschen Universitätsrektors Eisking, des Professors Schloffer usw. mit ihrem Leben bezahlen mußten, wie viele die Taten solcher Verbrecher und Trottel, wie Haubhuber einer war, und solcher Wissenschaftler, wie jene deutschen Universitätsprofessoren es sind, mit dauerndem Stiehmühen büßen, das wird sich ja natürlich niemals ziffernmäßig feststellen lassen. Aber zehntausende Menschen sind es, die den Verbrechern zum Opfer fielen, und wenn nun auch die Veröffentlichung der Akten aus dem Haubhuberprozeß jenen Opfern von damals nichts mehr nützen kann, so war doch die Ausgrabung und Plakatierung dieser Akte durch unser Zentralorgan eine stillliche und befreiende Tat: Eine geschichtliche Tat, weil sie einwandfrei feststellt, welche Summe von Grausamkeit, Unmenschlichkeit, Bestialität diese L. u. L. Armee gewesen, eine höchst nützliche Tat aber auch, weil noch recht viele der erbärmlichen Gefellen auch heute noch in Amt und Würde herumgehen, ihre Nase recht hoch tragen und übermorgen vielleicht ihre Gemeinheiten hätten wiederholen können, wenn die Akte über ihre Niedertracht auch weiter noch geheim geblieben wären.“

Gerade darum aber ist es notwendig, auf noch eine Tatsache hinzuweisen, die in diesem Zusammenhange nicht übersehen werden darf: das Schweigen der bürgerlichen Presse. Denn die gesamte bürgerliche Presse — die deutsche bürgerliche Presse — hat es fertig gebracht, der Veröffentlichung der Akte aus dem Geheimprozeß Haubhuber auch nicht mit einem Worte Erwähnung zu tun! Wer nicht sozialdemokratische Zeitungen liest, weiß nichts von der Ausdeckung dieser Riesenschuld, weiß nichts davon, daß über ungeheure ärztliche Verbrechen aus der Zeit des Weltkrieges zu Gericht gefaßt wurde, daß Männer, die heute noch als große Wissenschaftler die Gesellschaft „schmücken“, als mitschuldig an dem Elend zehntausender gebrandmarkt sind ...“

... Die Aufsätze im „Sozialdemokrat“ haben ungeheures Aufsehen erregt, und daß sämtliche deutschbürgerlichen Redakteure, die sonst das Gras wachsen hören, von diesen Veröffentlichungen gar nichts erfahren haben sollten, vermag wohl niemand anzunehmen. Nein, diese Unterschlagung ist wohlüberlegt erfolgt und bedeutet einfach, daß die gesamte deutschbürgerliche Presse die Verbrechen bedeckt, die von deutschbürgerlichen Größen an unseren Brüdern und Schwestern verübt wurden, daß sie, wie auf ein Kommando, eine einzige Front bildet, dem Volke die Wahrheit zu verborgen, somit dieses Volk noch einseitig genug ist, nur die bürgerliche Presse zu lesen. Sie stellt sich schüßend vor die Haubhuber, Jaksch usw. und verrät die stillliche Pflicht der Presse, wie ein Mann. Es sind ihre Leute, die überführt worden sind, unter dem Deckmantel der ärzt-

lichen Wissenschaft, ungezählte deutsche Volksgenossen in den sicheren Tod oder in den Jammer eines zerstörten Lebens geführt zu haben, und darum stützen die Blätter des deutschen Bürgertums diese ihre „Säulen“ selbst noch, da sie schon geborsten sind, hoffend, sie damit vielleicht doch noch vom gänzlichen Fall zu bewahren.“

„Tapfere Aertze, die gegen dieses Verbrechen Stellung nehmen, ergehen mit knapper Not der schwersten Bestrafung dieser Menschensücht, und deutsche Universitätsprofessoren, ragende Leuchten des deutschen Bürgertums, bedecken mit ihrer Autorität den Trottel, der unsere Söhne und Brüder in den Tod schickte. Tagtäglich sterben zu Tausenden Menschen, die uns nahe stehen, Familienväter, Volksgenossen, nur deshalb, weil ein Idiot, ein geistig Entarteter dies so bestimmte, und auch heute noch freuen sich die Schüler eines derartigen, mit dem Blut und den Tränen vieler Tausender bezahlten Verbrechens aller gesellschaftlichen Ehren und der Fortdauer eines Ansehens, das morgen oder übermorgen neue Wessensopfer fordern kann. Und wenn nun die deutschen Sozialdemokraten hergehen, Akte ausgraben, die verstreut waren, die Tatsachen an das Licht der Öffentlichkeit bringen, beitragen zur Sühne des Ungeheuerlichen, was überhaupt dazu heute noch geschähen kann und einer Wiederholung solcher Schandlichkeiten damit nach Tüchtigkeit vorbeugen, so verschweigt die deutschbürgerliche Presse: dies nicht nur alles, sondern sie bringt sogar noch die — sicherlich auch bei der bürgerlichen Presse seiner anderen Nation der Welt, als nur der deutschen mögliche — Niederträchtigkeit auf, sich darüber — — lustig zu machen! Sie passen zusammen, diese deutschen Universitätsprofessoren Jaksch, Eisking, Schloffer und die deutschbürgerlichen Zeitungen vom Schlage der „Sozemia“. Die einen geben kraft ihrer wissenschaftlichen Würde Gutachten ab, die einen Idioten zum Wissenschaftler stempeln und ein Massenstörchen unserer Volksgenossen herbeiführen und die anderen machen dazu, wenn alles ankommt, faule Witze.“

Wieder eine Niederlage Jung und seiner Anspiegelgarde. Aus Wagstadt wird uns geschrieben: Jung hat mit seinen Sturmtruppen am Sonntag, den 22. April, auf Wagstadt einen Angriff unternommen, der aber von der hiesigen Arbeitererschaft gebührend abgewiesen wurde. Am Samstag kündigten ganz bescheidene Plakate eine Vereinsversammlung an, in welcher Jung sprechen sollte, den sich aber die hiesige Arbeitererschaft nicht ergehen lassen wollte. Die Versammlung war für 10 Uhr angesetzt, um halb 11 Uhr war der große „Quellen“saal samt der Galerie bis auf das letzte Plätzchen gefüllt, aber nicht von den Nationalsozialisten, sondern von Sozialdemokraten, Kommunisten und Indifferenten und Neugierigen. Um 10 Uhr kamen die Herren Jung und Schubert, Bürgermeister aus Fulnek, zur Ueberraschung aller Anwesenden mit etwa 40 Mann seiner Sturmtruppe von Fulnek und Potentwald angetrieben, welche sich unterhalb der Rednertribüne aufstellten. Eine furchtbare Aufregung bemächtigte sich der Versammlung, da es auf jeden den Eindruck machte, als stände die Versammlung unter dem Terror von Banditen. Jung sprach über die Befestigung des Ruhrgebietes, über das jüdische Bankrot, über die Wiener Ordnerwehr und — die tschechische Parlamentswache; da wurde er an seine mitgebrachten Garben erinnert. Im selben Augenblick brach ein orkanartiger Sturm los und alles schrie: „Abzug der Anspiegelgarde!“ Diese flüchteten nun auf die Bühne, wo Jung mit Schubert wie versteinert standen. Einige von der Bande, welche von den Totschlägern Gebrauch machen wollten, bekamen einen Wegzettel und wurden heimgeschickt. Inmitten des Kravalles löste der Regierungsvertreter die Versammlung auf, welche kaum eine halbe Stunde getagt hatte; die Gendarmerie zog ein und räumte den Saal.

## Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (46)

Sechshundert Leute standen in Gliedern zu vier bereit. Koffer und Päck, Bündel und Taschen vor sich hingestellt, achteten sie kaum auf die Verlesung. Jeder hatte nur einen Gedanken: einem Truppenteil eingerückt zu werden, der bis zum Ausmarsch in der Stadt blieb. Auch Ernst zählte an dieser Hoffnung. Sofort wieder heimzukommen, wenn das Glück wohlwollte, hatte er Luise versprochen. Er hatte sogar, den Abschied zu erleichtern, mit ziemlicher Bestimmtheit versichert, daß er gewiß hierbleiben werde. Die Gruppen sammelten sich. Bei zweihundert Mann nahmen ihre Sachen zur Hand, ordneten sich militärisch, und hinaus ging der Marsch, durch die Straßen, über eine Brücke und nun die Stadtmauer entlang den Weg zum Bahnhof. Ernst war bei diesem Zug. Es war also nichts mit dem Hierbleiben ... Besser vielleicht, viel besser ... Sonst gab es ein endloses, qualvolles Abschiednehmen ... Einmal mußte es ja sein, und so war es gut, nicht mehr heimzukommen.

Er gaben sich ganz als Soldaten, waren ja auch lauter gediente Leute junger Jahrgänge, Reserve und Landwehr ersten Aufgebotes. Alle, von der Dienstzeit her vertraute Pieder klagen auf, fest und taftmäßig klappte der Massenschritt auf das Pflaster ... „Soldaten seinst schön! Ja, man muß es gestehn ...“ Ernst war Soldat gewesen. Vor sechs Jahren hatte er den bunten Rod ausgezogen und seitdem nicht mehr an Buchstaben und die zwei Jahre gedacht. Jetzt stand alles das wieder klar vor seinem Blick, die Ausmärsche zu den Übungen, das Reden und Frotzeln von Glied zu Glied, die straffe und gerade Haltung, wenn ein Befehl fiel ... diese ganze Zeit starr und ebern geregelter Blick. Durch Menschengitter trabte der Marsch hin. Güte und Hände winkten. Männer, die noch zurückblieben, schauten befriedigt dem Zug nach, Mädchen und Frauen machten ängstliche, verhängte Augen, die Jugend rannte neben den Reihen her und freute sich des gleichmäßigen Schrittes. Ein Zwölfjähriger schritt neben Ernst, tapfer bemüht, Tritt zu halten. Das Gesicht war ernst, gespannt und allflug, wie von der gewaltigen Stunde geformt ... Ein kleines Bauernstädtchen war Standort. Die engen, verdrückten Gassen hallten Tag und Nacht unter den schweren Ziegeln. Fahrzeug holperte über das schlechte Pflaster, daß die schlafmühtigen Häuser vom Keller bis zum First zitterten. Vier Tage blieben sie dort. Einkleiden, Säckel anpassen, Gewehr und Munition von der Kammer schaffen füllten die Zeit aus. Ernst hatte noch leise Hoffnung auf die ärztliche Musterung. Vielleicht blieb er doch daheim. Als der Bescheid „Tauglich“ gefallen war, schrie Ernst den Sinn entschieden ab von Heim und Haus. Zweitausend Männer mußten abrechnen. Wenn sie es konnten, er konnte es auch ... Die schönen, warmen Tage und Abende riesen zwar die Erinnerung an alles wach, was zu verlassen man auf dem Sprung stand. Sommerliche Zeit ist friebewoll, Zeit stillen Reisens, und regt nicht zu Kampflust an. Ernst gab sich auf, dachte nicht mehr zurück und sperrte entschlossen alle Türen ab, die in Vergangenes führten. Eine Karte an Luise hatte kurz angezeigt, wo er war und daß es gut aing. Sonst nichts ...

Dienstag den 11. August 1914, verließ die Truppe Sulzbach. Ernst sprang auf einen Platz vorn im Wagen, wo die offene Schiebetür freien Ausblick gab. Hundundvierzig Mann auf jeden

So endete Jung's Ueberfall auf Wagstadt. Den Jung und Schubert blieb es vorbehalten, Wagstadt mit einer Anspiegelgarde, die mit Totschlägern und Schlagringen ausgerüstet war, zu überfallen. Ein Totschläger in der Form eines 40 Zentimeter langen und eineinhalb Zentimeter starken Drahtseiles, an dessen beiden Enden eine Bleikugel angelötet ist, befindet sich in unserem Besitz als Wahrzeichen von der ersten Bestürmung Wagstadts durch die Anspiegelgarde.

Unsere Toten. Nach langem schweren Leiden ist gestern Genosse Richard Gärtner im Tetschener Krankenhaus der Proletarierkrankheit erlegen. Von Beruf Papierarbeiter, war er ein begeisterter Anhänger der sozialistischen Arbeiterbewegung und in der Gewerkschaft eifrig tätig. In der russischen Gefangenschaft holte er sich den Keim zu seiner Krankheit. Als er im Jahre 1916 heimkehrte, wurde er in das Sekretariat der Kreisgewerkschaftskommission in Bobenbach gewählt, leitete das dortige Sekretariat der chemischen Arbeiter und stellte außerdem seine Kräfte auch in den Dienst der Partei. Schon längere Zeit leidend, übernahm er dann die Leitung des Sekretariats der chemischen Arbeiter in Struma, von wo er im Oktober vorigen Jahres in schwerem kranken Zustande zu seiner Familie nach Losdorf zurückkehrte. Vor vier Wochen kam er in das Tetschener Krankenhaus, gestern früh erlag er der Tuberkulose. Genosse Gärtner stand im 36. Lebensjahre und hinterläßt eine trauernde Witwe und zwei unversorgte Kinder im Alter von zwölf und dreizehn Jahren. Seine Familie verlor in ihm einen liebevollen Vater, die Gewerkschaftsbewegung einen fleißigen Mitarbeiter, die Partei einen überzeugungstreuen Genossen. Ehre seinem Andenken!

Einigung im Lohnkampf der Wiener Straßenbahner. Aus Wien, den 25. April wird uns telephoniert: Im Konflikt bei der Straßenbahn ist es heute zu einer Einigung gekommen. Es ergab sich bei der Abstimmung zwar eine kleine Minderheit gegen die Vereinbarung, die Sozialdemokratie hofft aber durch einen Appell an das Solidaritätsgefühl der Straßenbahner mit den übrigen Arbeitern volle Einigkeit zu erzielen.

Die Grenzmannern — schreibt die Tepitzer „Freiheit“ — die unser tschechoslowakisches Paradies vom „feindlichen Ausland“ abschließen, werden täglich höher getürmt. Uns wurde gemeldet, daß der tschechoslowakische Konsul in Dresden dem Genossen Georg Engelbert Graf, dem Leiter des Bildungsweises des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das Passivum erteilt hat. Genosse Graf sollte über Ersuchen der Zentralstelle für das Bildungsweisse unserer Partei in Westböhmen Vorträge halten. — Die Kommunisten, die mehrfach behaupteten, nur ihren Rednern würden Passivwierigkeiten bereitet, sehen nun, daß diese Kleinlichen Schikanen auch unsere Vortragenden treffen.

Wilhelm, der Religiöse. Die Blätter reproduzieren eine Meldung des Pariser „Matin“, wonach Wilhelm und sein ältester Sohn, der Kronprinz, von religiösem Wahnsinn befallen worden seien. Die Briefe, die Wilhelm dem ebenaligen Hofprediger Vogel schreibt, seien der Beweis hierfür. Diese Gerüchte würden von den Funerkerreisen in Berlin in Potsdam in Abrede gestellt, doch seien selbst die hitzigsten Monarchisten gezwungen, zuzugeben, daß sich Wilhelm „mehr als notwendig“ mit religiösen Dingen befaßt. Er schreibe eine umfangreiche Bibelauslegung. „Alles geht gut in Doorn“, habe er in einem Brief an den ehemaligen Hofprediger Vogel geschrieben. „Am der Einönigkeit meines gegenwärtigen Daseins zu ergehen, befaße ich mich mit tiefgründigen wissenschaftlichen und theosophischen Arbeiten.“ — Ob Wilhelm, der

Wagen, übermäßig breit kann sich da der einzelne nicht machen ... Der Zug stampfte westwärts, der Vaterstadt zu. Weit dehnten sich die Gefilde; das frische, safte Grün blühte im Morgenau ... Sie sangen. Die Töne kämpften sich durch den dicken Tabaksqualm. In Schwaben zieht er ins Freie und trägt die Pieder über schweigendes Land. Nur da und dort ein Bauer auf dem Feld, sonst ist die Natur einsam und ungestört ...

Die Stadt! Eine halbe Stunde Aufenthalt ... Der Bahnhof im Ru von selbigen Gestalten übersehennent, die den netten Schwefelern vom „Roten Kreuz“ ihre Gaben gern abnahmen: Wurst und Käse, Tabak und Schokolade ... Weiter! ... Der Zug zieht fauchend an. Aus allen Fenstern Köpfe und Arme, Winken von Händen, Wimpel von Fahnen und Tüchern, lautes, jubelndes Grüßen und Rufen ... Die Türme weichen wie weggerückt aus den Augen, jetzt eine Biegung ... der Zug fährt zwischen dunklen, dürftigen Höfen. Versunken ist die Stadt ... Die Hand vor den Augen, spähte Ernst scharf nach Westen. Der Himmel redete sich dunstig auf, stummend vor Blut, doch klar bis auf ein Wälschen. Das stand tief im Westen. Nur ein Ende ragte über den Horizont. Fiel die Sonne darauf, so blühte es her, drohend und funkend wie eine Lanzenspitze ...

Am späten Abend fuhr Ernst dem Rhein entgegen. Am die gleiche Stunde trat Luise, das Kind auf dem Arm, ans Fenster. Der Himmel war eingezogen. Eine riesige, schwarze Wolke wälzte sich ungeheuer nach Westen. Die tiefsten Gründe der Nacht zuckten manchmal fols auf. Luise drehte das Kind an sich und legte die Hand schüßend auf den jungen Scheitel ...

Ende.

schon in so vielen Säeteln reiten wollte und immer wieder hinuntergeparzelt ist, sich jetzt nur ein neues Stedenpferd ausgesucht hat, oder wirklich an religiösem Wahn leidet, ist uns ziemlich gleichgültig. So oder so kann seine Leidenschaft für die Bibel den Bolkern nicht mehr schaden, und das begrüßen wir ebenso herzlich, als es die Monarchisten in Potsdam bedauern.

Die Radiostation in Karlsbad ist gestern in Betrieb gesetzt worden. Von der Karlsbader Station aus sind die Stationen London, Stockholm, Warschau, Rom, Wien und Paris zu erreichen. Anfang Mai wird diese Station, die von der Berliner Firma Guth gebaut wurde, dem öffentlichen Verkehr übergeben werden.

Boeren in Karthaus. „Oesse Sloto“ meldet, daß Abg. Dr. Boeren am Dienstag in die Straf-anstalt Karthaus überführt wurde.

Soupal wird vom Staatsgerichtshofe abgeurteilt. Die „Kardoni Politika“ meldet, es sei bereits die endgültige Entscheidung gefallen, daß Soupal vom Staatsgerichtshofe abgeurteilt werden wird.

Eine Mittelschulstatistik. Die „Mitteilungen des tschechischen Staatsamtes“ bringen in ihrem letzten Heft ein reiches Ziffernmateriale über den Stand des Mittelschulwesens in der Tschechoslowakei bei. Vorläufig seien bloß die wichtigsten Daten über Zahl der Schulen, Schüler und Lehrer hervorgehoben, Schlüsse im einzelnen, die sich aus den Zahlen ergeben, behalten wir uns für eine künftige Gelegenheit vor. Im laufenden Schuljahre gibt es 28 tschechische, 23 deutsche und 4 magyrische klassische Gymnasien. An den tschechischen Anstalten studieren 7982, an den deutschen 4214 und an den magyrischen Anstalten 1492 Schüler. Davon an tschechischen Anstalten 1210, an den deutschen 621 und an den magyrischen 133 Mädchen. — An Realgymnasien bestehen 74 mit tschechischer oder slowakischer, 25 mit deutscher, 5 mit magyrischer und 1 mit polnischer Unterrichtssprache. Die Schülerzahl beträgt: an den tschechischslowakischen Anstalten 23.650, an den deutschen 5749, an den magyrischen 1319 und an den polnischen 475. — Ferner 3 Ober-Realgymnasien mit Tetschener Type (Budweis, Tetschen und Brüx), 35 Reform-Realgymnasien (25 tschechische, 8 deutsche, 2 magyrische) und 76 Realschulen. Tschechische Realschüler 23.587, deutsche 7518, magyrische 103. Dazu kommen 34 reine Mädchenmittelschulen (21 tschechische, 13 deutsche) mit 6741, bzw. 2206 Schülerinnen; 64 Lehrerbildungsanstalten (47 tschechische mit 6686, 15 deutsche mit 1759, 1 magyrische mit 100 und 1 russische mit 39 Schülern). — Auf eine Anstalt entfallen bei Realgymnasien durchschnittlich 298, bei Ober-Realgymnasien 327 und bei Realschulen 410 Schüler. Gegen das Jahr 1921/22 ist die Schülerzahl um 3233, die Zahl der Klassen um 19 gestiegen. Auf Böhmen entfallen 56.711, auf Mähren 27.150, auf Schlesien 4197 und auf die Slowakei 16.088 Schüler. — Von Mädchen studierten im ganzen 26.855 (20.550 tschechische, 5706 deutsche, 492 magyrische, 68 polnische und 39 russische). 7,3 Prozent aller Schüler haben die Maturitätsprüfung abgelegt (5188 tschechischer, 1972 deutscher, 391 magyrischer, 18 polnischer und 23 russischer Nationalität). — Nach der Nationalität studierten 74.619 Tschechen, 24.544 Deutsche, 4212 Polen, 157 Russen, 25 Südslawen und 37 sonstige; römisch-katholisch sind 75.997, evangelisch 8227, tschechoslowakischer Konfession 6020, mosaisch 7819, konfessionslose Schüler 7684. — Staatliche Professoren gibt es 4281, nichtstaatliche 4780.

Die Verstaatlichung der Lokalbahn Podcerad wurde in der gestrigen Budgetausschussung beschlossen. In dieser Sitzung des Budgetausschusses wurde auch die Handelsvereinbarung mit Holland angenommen.

Prägung russischer Silbermünzen. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Volkswirtschaftsministerium für Finanzen mit der Prägung von Silbermünzen begonnen. Es werden Münzen zu einem Rubel und 50 Kopeken und kleinere Münzen zu 20, 15 und zehn Kopeken hergestellt.

Eisenbahnunfall. Gestern entgleiste der Personenzug Nr. 713 (Abfahrt von Komotau 10.57 Uhr) bei der Einfahrt in die Station Krima-Neudorf auf der Strecke Komotau-Weipert der Buchsichtbader Eisenbahn. Es entgleiste die Lokomotive, der Dienstwagen und drei Personenwagen. Die Ursache der Entgleisung ist bisher unbekannt. Mit leichten Verletzungen meldeten sich acht Personen. Die Untersuchung wurde eingeleitet.

Der Elbe-Donau-Kanal. Am 15. April fand in Deutsch-Brod eine öffentliche Versammlung statt, in der der Ingenieur Josef Kramer über die Verwirklichung des Elbe-Donau-Kanals sprach. Nachdem Ausführungen Jng. Krademers, der jedenfalls gut informiert ist, da er jenen Interessentenkreisen angehört, die sich für die baldige Durchführung dieses Projektes einsetzen, wird der Elbe-Donau-Kanal nicht, wie ursprünglich geplant, von Prag über Böhmisches-Teubau-Olmütz-Prerau nach Preßburg, sondern mit Ausnähung der Szarawa von Prag über Brünn nach Preßburg geführt werden. Von diesem Kanal wird ein zweiter Kanal nach Prerau und Mährisch-Osttau geführt werden. Die Länge des Kanals, der von Melnik bis Preßburg reicht, wird samt einer Abzweigung nach Tsalau 475 Kilometer betragen.

Eine neue Tropfsteinhöhle in der Slowakei. In der Nähe von Liptov Sv. Mikulas wurde in einer Höhe von 1045 Metern eine sechs Kilometer lange Tropfsteinhöhle entdeckt. Ein kleiner Bach, Lubanka, fließt durch die Höhle, die aus acht großen Sälen mit Verbindungsgängen besteht. Ein Saal, „Dom“ genannt, ist 70 Meter hoch und 120 Meter breit und lang. In der Höhle befindet sich ein See, dessen Tiefe noch nicht ermittelt werden konnte. Die Durchforschung der Höhle für touristische Zwecke ist im Zuge.



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik

## Kreisgewerkschaftskonferenz in Reichenberg.

Nirgends in der Tschechoslowakei hat die Arbeiterbewegung so stark unter den inneren Kämpfen des Proletariates gelitten wie im Kreisgebiete Reichenberg. Erst wurde von dort aus Javietracht in die Reihen der politisch organisierten Arbeiter getragen, später wurde auch versucht, die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen. Die Folge davon ist, daß ein geringer Teil der Arbeiter in die kommunistischen Gewerkschaften übergetreten ist, ein großer Teil aber, der nach dem Umsturz in die Gewerkschaften eingetreten ist, heute den Gewerkschaften längst den Rücken gelehrt hat und zur großen Masse der Indifferenten gestoßen ist.

Am 14. und 15. April fand nun die Kreisgewerkschaftskonferenz dieses Gebietes statt, an der 152 Delegierte teilnahmen. Für die Zentralgewerkschaftskommission waren die Genossen Macoun und Roscher erschienen, in der Leitung saßen die Genossen Becker, Klauka, Tlapal und Marie Neumann. Aus dem Tätigkeitsbericht des Sekretärs Genossen Baniet geht hervor, daß, während Ende 1920 50.206 Mitglieder gezählt wurden, es am 31. Dezember 1922 nur mehr 28.033 Mitglieder gab. In dem Bericht des Genossen Baniet wurden eingehend die in den letzten drei Jahren geführten Kämpfe geschildert. Für die Kontrolle berichtete Genosse Hübnert. Sein Antrag auf Entlohnung wurde einstimmig angenommen.

Am zweiten Tag der Konferenz besprach Genosse Roscher die die Gewerkschaften heute bedingenden Probleme. Er wandte sich gegen alle Versuche, die Gewerkschaften für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen, wie das im Auftrug der Moskauer Weltbegründer geschehen sei. Nun nahmen hintereinander mehrere Konferenzteilnehmer das Wort, die politisch zur kommunistischen Partei gehören, um die bolschewistische Auffassung von den Aufgaben der Gewerkschaften zu vertreten. In einer Entschließung beantragte ein Vertreter der Metallarbeiter, Gewerkschaftsleiter, die die Vorlegung des Materials über die Verhandlungen mit den tschechischen Gewerkschaften und die Herstellung der Einheitsfront.

Ihm antwortete unter anderem ausführlich in Vertretung der Zentralgewerkschaftskommission der Gen. Franz Macoun, der dem Vertrauensmann der Metallarbeiter vorhielt, daß er die Verhandlungen mit den tschechischen Gewerkschaften genau kennen müsse, weil schon im vorigen Jahre der Deutsche Gewerkschaftsbund in einer umfangreichen Darstellung, die in 200.000 Exemplaren unter den Mitgliedern der angeschlossenen Verbände verbreitet worden ist, darüber ausführlich berichtet hat. Macoun setzte dann auseinander, unter welchen Umständen die Gewerkschaften in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei nach dem Umsturz aufgebaut werden mußten und wies nach, daß innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes an internationaler Gewerkschaftsarbeit alles das geleistet worden ist, was pflichtgemäß von internationalen Standpunkten aus zu tun war. Im übrigen behauptete er sich mit dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung, aufweisend, daß die Methoden der Kommunisten zum Ruin der Gewerkschaftsbewegung führen müssen. Die Auseinandersetzung über die gewerkschaftlichen Zeitfragen währte bis in die späten Nachmittagsstunden. Sie endete mit einem nochmaligen das ganze Gebiet streifenden Schlußwort des Gen. Roscher, und mit der Annahme einer Entschließung des Gen. Schäfer gegen wenige Stimmen kommunistisch gesinnter Teilnehmer, die folgenden Wortlaut hat:

Zimmer heftiger und ungünstiger werden die Vorstöße der Unternehmer auf die ohnehin bestehenden Lebensmöglichkeiten der Arbeiter. Nicht nur die wirtschaftliche Krise, sondern auch die gewerkschaftliche Zerrissenheit in einzelnen Berufsgruppen begünstigen die Pläne der Unternehmer, die Löhne zu verschlechtern und die Arbeitsbedingungen nach ihrem Willen allein zu regeln. Die Kämpfe der Arbeiter in allen Industriezweigen, so auch der gegenwärtige Abwehrkampf der Arbeiter in der chemischen Industrie beweisen auf das Eindringlichste, wie notwendig es ist, aus den Gewerkschaften, die sich das Proletariat unter schweren Opfern in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaut hat, alles Trennende fernzuhalten und jene Einheitlichkeit im wirtschaftlichen Kampfe wieder herzustellen, die von bolschewistischer Seite aus parteipolitischen Beweggründen frödel zerschlagen wurde. Darin allein erblickt die Kreisgewerkschaft der Reichenberger Gewerkschaften die notwendige und unerlässliche Voraussetzung, das in früheren Kämpfen Errungene erfolgreich zu verteidigen. Im Deutschen Gewerkschaftsbunde der tschechoslowakischen Republik werden diese Grundzüge in vollem Umfange vertreten, deshalb stellt sich die Konferenz auf den Boden seiner Beschlüsse und bekennet sich damit rückhaltlos zu dem Programm des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit dem Sitze in Amsterdam. In der Ueberzeugung, daß der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei schon bisher alles getan hat, um mit den tschechoslowakischen Gewerkschaften dieses Landes eine einheitliche und damit erfolgreichere Kampfführung in allen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Fragen herzustellen, vertraut die Konferenz darauf und erwartet, daß die Bemühungen zur Erreichung dieses gewerkschaftlich notwendigen Zieles mit Umsicht und Ausdauer fortgesetzt werden.

Die Berichte der Mandatsprüfungskommission und der Wahlkommission wurden ohne Debatte zur Kenntnis genommen und die Kreisgewerkschaftskommission nach den Vorschlägen der

Wahlkommission zusammengefasst. Unter „Allgemeinem“ versuchte ein kommunistisch gesinnter Teilnehmer, und zwar der Eisenbahnvertreter Geselle, die Konferenz für die sogenannte „Dollarkonferenz“ für Sowjetrußland zu gewinnen. Nach einer kurzen Ausrufung des Gen. Macoun, die dahin ging, daß man nicht verlangen könne, Gelder für ein Unternehmen aufzubringen, auf das den Gewerkschaften keinerlei Kontrolle zusteht, wurde der Antrag gegen elf Stimmen abgelehnt. Für die Bäckereiarbeiter sprach hierauf Gewerkschaftsleiter Jindra. Er empfahl eine Entschließung, worin die Arbeiter aufgefordert werden den Kampf der Bäckereiarbeiter um die volle Durchführung des Verbots der Nacharbeit in den Bäckereien nach Kräften zu unterstützen. Die Entschließung wurde einstimmig angenommen; dann beschloß die Konferenz noch eine Sympathiekundgebung für die gegen den französischen Militarismus im Abwehrkampf stehenden Arbeiter des Ruhrgebietes im Sinne der Ausführungen des Gen. Schäfer, der in kurzen Worten die Vorgänge im Ruhrgebiete als ein Verbrechen und eine Schande bezeichnete. Damit war die prächtig verlaufene Konferenz zu Ende. Mit Genutragung konnte der Vorsitzende in seinem Schlußwort sagen, daß der Verlauf und die Beschlüsse der Kreisgewerkschaftskonferenz diese zu einer der bedeutsamsten Tagungen des Proletariats im Reichenberger Organisationskreise machte.

Für die Arbeitslosen des Auffiger Gebietes. In der gestrigen Sitzung des Verkehrsausschusses, in der Abg. Ritz (tschech. Sozialdemokrat) den Antrag stellte, daß zu der nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses das Finanzministerium für öffentliche Arbeiten eingeladen werde, um über die Arbeiten, die im Investitionsprogramm vorgegeben und technisch vorbereitet sind, Bericht zu erstatten, sprach Abg. Genossin Kirpal über die furchtbare Arbeitslosigkeit und verwies darauf, daß im Auffiger Bezirke 5000 Arbeitslose sind. Ein großer Teil der Arbeitslosen konnte beschäftigt werden, wenn all die Arbeiten, die in Auffig vorgegeben und äußerst dringend sind, durchgeführt werden könnten. Nachdem es sich auch um Arbeiten handelt, die aus sanitären Rücksichten ehestens in Angriff genommen werden müßten, weil die sanitären Mißstände in Auffig schon Menschenopfer gefordert haben, wünscht sie zu dieser Besprechung die Zuziehung der Vertreter des Gesundheitsministeriums. Dieser Antrag wurde angenommen. Genossin Kirpal verwies hierauf auf den schweren Abwehrkampf der chemischen Arbeiter, hier vermittelnd einzugreifen.

Die Bezahlung deutscher Importartikel. Als vor etwa Jahresfrist sämtliche deutschen Außenhandelsorgane die Fakturierung und Bezahlung der nach halbautarischen Ländern auszuführenden Waren in der Währung des Bestimmungslandes forderten, hatte das tschechoslowakische Finanzministerium verfügt, daß für die im Auslande in tschechoslowakischen Kronen gekauften Waren zwar die Einfuhrerlaubnis zu erteilen sei, daß aber die Bezahlung nur in der Währung des jeweiligen Herkunftslandes stattfinden dürfe. Die deutschen Einfuhrwaren werden daher beim Verkauf nach der Tschechoslowakei in Kronen fakturiert, jedoch in Reichsmark bezahlt. Wegen der aus dieser Maßnahme den deutschen Industrien, die auf die Einfuhr von Rohstoffen und auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen sind, erwachsenden Nachteile hat die Plawener Handelskammer bei dem sächsischen Wirtschaftsministerium beantragt, daß möglichst bald Verhandlungen mit der Tschechoslowakei wegen Änderung der in Rede stehenden Währungsvorschriften angebahnt werden. Sollte dabei die tschechoslowakische Regierung zu einer Aufhebung ihrer Verordnung nicht zu bewegen sein, so soll nach dem Wunsche der Plawener Handelskammer die Anwendung entsprechender Gegenmaßnahmen ins Auge gefaßt werden, um wenigstens dann auf diese Weise ein Gleichgewicht für die am Aus- und Einfuhrhandel beteiligten Firmen herzustellen.

Pen'enturle.

Die tschechische Krone notiert in:

Prag	15,37:50
Berlin	1092,00
Wien	2125,00

Prager Kurze am 25. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1342,00	1340,00
10.000 Mark	10,75:0	11,75:0
100 belg. Franken	184,25	195,75
100 schwed. Kronen	108,75	111,75
1 Pfund Sterling	157,87:50	159,37:50
100 Lire	168,25	170,75
1 Dollar	34,10:00	34,50:00
100 franz. Franken	229,25	230,75
100 Dinar	34,55:10	35,35:00
1000 magaar. Kronen	92,10:00	98,10:00
10.000 poln. Zloty	6,70:00	7,70:00
10.000 öherr. Kronen	4,55:00	5,05:00

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau, Tischlergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckorten: wie Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Seilmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Züricher Schluszkurze am 25. April.

	Geld	Ware
Paris	36,30:0	36,4:00
London	25,50:00	25,52:00
Berlin	0,1:8:00	
Mailand	27,15:00	27,20:00
Holland	214,50	215,00
Wien	0,00:77:00	0,0:1:77:00
Budapest	110:00	111:00
Brüssel	16,34:00	16,35:00
New York	5,48:50	5,49:00
Belgrad	5,50:00	5,60:00
Barisau	0,01:12:50	
Wien agit.	0,00:00	0,00:00

## Literatur.

Die Betriebsräteverfassung, Wirtschaftsorganisation und Arbeiterchaft von Viktor Stein (Lehrbehefte für Betriebsräteschulen, Nummer 1), herausgegeben von der Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei, Reichenberg, 1922. — Einen der empfindlichsten Mängel nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes bildete das Fehlen jeglicher Lehrbehefte in den Schulen, welche der Ausbildung der Mitglieder der Betriebsräte dienen. Diesem Bedürfnis trug zunächst schon zu Beginn 1921 die Union der Bergarbeiter Rechnung, indem sie ein Lehrbuch für ihre ersten Betriebsräteschulen, die im Frühjahr 1921 stattfanden, herausgaben. Nachdem das Betriebsrätegesetz für die anderen Branchen angenommen war, ging nun die Zentralgewerkschaftskommission des deutschen Gewerkschaftsbundes daran, ausführlichere Lehrbehefte zu schaffen, von denen bereits fünf erschienen sind. Eines dieser Lehrbüchlein, welches sowohl dem Vortragenden ein Behelf beim Unterricht ist, als auch das Gedächtnis der Schüler unterstützt, behandelt die Grundzüge der Wirtschaftskunde, ein zweites die Gewerkschaften, ein drittes Tarifverträge und Lohnformen, ein viertes kaufmännische Betriebsführung und das sechste erschienene Büchlein von Viktor Stein behandelt die Betriebsräteverfassung im allgemeinen. Zunächst wird in einer historischen Einleitung auseinandergesetzt, wie die Arbeiterchaft überhaupt zur Betriebsräteverfassung kam, daß auch diese etwas historische geworden ist, daß es das Ergebnis jahrelanger Kämpfe ist, die die Gewerkschaften um ihre Anerkennung sowie um die Anerkennung der Betriebsrätemänner in den Betrieben führten. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis Steins auf das 1865 zum erstenmale erschienene bekannte Werk von Fr. A. Lange über die „Arbeiterfrage“, aus dem die früheren Generationen der Arbeiter so viel gelernt haben und in dem schon die Forderung nach Betriebsrätschulen, bis ins einzelne ausgeführt, erhoben wurde. Stein geht dann auf das Wesen der Betriebsräteverfassung über und behandelt nacheinander die gewerkschaftlichen, die sozialpolitischen und die wirtschaftsorganisatorischen Aufgaben der Betriebsräte. Ungemein wertvoll ist auch das umfangreiche Kapitel des Buches, welches sich mit dem tschechoslowakischen Gesetz über die Betriebsrätschulen befaßt. Es wird vorerst das Gesetz im vollen Wortlaut wiedergegeben und dann auf jede einzelne Bestimmung kritisch eingegangen, wobei lehrreiche Vergleiche mit dem deutschen und österreichischen Gesetz in jedem Detail herangezogen werden. In den zwei Schlußkapiteln behandelt dann der Verfasser das Verhältnis von Arbeitern und Angestellten sowie das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Gewerkschaft. Insbesondere unsere Gewerkschaftssekretäre, denen die Aufgabe obliegt, die Mitglieder der Betriebsrätschulen mit dem Inhalt des Gesetzes und daher mit ihren Rechten und Pflichten, bekannt zu machen, werden das Erscheinen dieses auf Veranlassung der Gewerkschaftskommission herausgegebenen Buches lebhaft begrüßen, ebenso natürlich alle Schüler der Betriebsrätschulen und alle Mitglieder der Betriebsrätschulen. Zur Schulung der Mitglieder der Betriebsrätschulen wäre es nur noch notwendig, daß irgend eine gewerkschaftliche Stelle alle Entscheidungen der Schiedskommissionen über Streitfälle, die aus dem Gesetze hervorgehen, sammelt, würde, weil durch die Kenntnis der bisherigen Ju-

dikatur manches Unrecht, das an den Betriebsrätschulmitgliedern und dadurch an der Arbeiterchaft verübt wird, beseitigt werden würde. Allenfalls hat sich die Gewerkschaftskommission durch die Herausgabe ihrer Schriftenreihe ein Verdienst an der Hebung des geistigen Niveaus der Mitglieder der Betriebsrätschulen erworben und es wäre zu wünschen, daß jedes Mitglied eines Betriebsrätschulens im Besitze sowohl der neuesten Broschüre des Genossen Stein als auch der anderen Broschüren aus der Schriftenreihe der Gewerkschaftskommission wäre. e. st.

## Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Donnerstag, die Gilbert-Operette „Ratja, die Längerin“, morgen Freitag Gastspiel Schwarz-Dezsig „Laska“, Samstag 2.30 Uhr Krania-Kassierervorstellung „Der Traum ein Leben“, 7 Uhr Gastspiel Leopold Kramer „Der Widerspenstigen Zähmung“; Sonntag, 5 Uhr, Gastspiel Dezsig-Meisler „Die Meisterfänger von Nürnberg“.

Kleine Bühne. Heute, Donnerstag, Samstag und Sonntag nachmittags Gastspiel Worgan „Einakter“; Freitag Bankbeamtenverband Werfels „Schweiger“; Sonntag, halb 8 Uhr zum 25. Male „Die kleine Soublerin“.

Maifestfeier der deutschen Arbeiterchaft. Montag, den 30. April, 7 Uhr, bei halben Preisen Rennerbergs große Oper „Hugenotten“ mit Charlotte Bierck-Kimpel, Fritz Kraus und Wanda Schmitz als Gästen. Karten bei Optiker Genossen Deutsch, Graben 25.

## Aus der Partei.

Jugendbewegung. Sozialistische Jugendorganisation, Prag, Freitag, den 27. April d. J., 8 Uhr abends, findet im Vereinsheim „Deutscher Arbeiter“, Prag II, Smolagasse 27, unsere Monatsversammlung mit Vortrag des Genossen Hornig über „Der Weg zum Sozialismus“ statt, zu welcher die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen in Anbetracht der wichtigen und inhaltsreichen Tagesordnung bestimmt erscheinen mögen.

## Bereinsnachrichten.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Prag II. 29. April: Zur Baumblüte, Elbtal, nach Prastowitz. Zusammenkunft 5 1/2 Uhr Rajarsbahnhof. Abfahrt 6.25, Legitimationen, Verpflegung. Führung: Schönfelder, Heller.

29. April: Koenig-Karlstein. Abfahrt 6.05, Wilsonbahnhof. Führung: Reisinger.

1. Mai: Teilnahme an der Maifester. — Nachmittags Teilnahme an der Fahrt nach Madno, Abfahrt 14.25 Rajarsbahnhof. 1594

## Mitteilungen aus dem Publikum.

Moorbad Bohdaneč bei Pardubic 1567 heilt erfolgreich Rheumatismus, Frauen- u. Nervenerkrankheiten. Moderne Einrichtung — Zentralheizung — Ausgedehnte Parkanlagen, Waldige Umgebung. Vorzügliche Verpflegung. Tagl. Konzerte, Sommermusik und Informationen erteilt umgehend die Badredaktion Die Leitung liegt in den Händen des Herrn MUDr. O. Kolánek, langjähriger Fach- und Badarzte im Weltbad Marienbad u. Bad Poděbrad.

Herausgeber: Dr. Ludwig Tsch und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

STEMPEL F. CHMEL Prag II., Nařazanka 18.

Die Volksbuchhandlung Genß Sattler, Karlsbad unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur.

Alle nicht lagernden oder wo immer angefundnen Bücher und Zeitschriften werden reichst geliefert. Stadt- und Dorfgemeinde fordern die Verantwortung einer Unmenge von Gerwaltsfragen. Raab's Taschenbuch für Kommunalpolitiker bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der Buchhandlung Freiheit Teplitz-Schönau Tereziengasse 18.

ist und bleibt stets die Qualitätsmarke



Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von Berson Gummi-Absätzen und Gummi-Sohlen

Berson'schont die Schuhe, ist billiger und dauerhafter als Leder.